FIGU ZEITZEICHEN

Sonderausgabe

Aktuelles • Erkenntnisse • Medienartikel

Erscheinungsweise: sporadisch

Internetz: http://www.figu.org
E-Brief: info@figu.org

12. Jahrgang
Nr. 200 Mai/2 2026

Organ für freie, politisch unabhängige Berichterstattungen zum Weltgeschehen, kommentarlose, neutrale und meinungslose Weitergabe von Zeitungsberichten.

Laut ‹Allgemeine Erklärung der Menschenrechte›, verkündet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948, herrscht eine allgemeine ‹Meinungs- und Informationsfreiheit› vor, und dieses unumschränkte Recht gilt weltweit und absolut für jeden einzelnen Menschen weiblichen oder männlichen Geschlechts jeden Alters und Volkes, jedes gesellschaftlichen Standes wie auch in bezug auf rechtschaffene Ansichten, Ideen und jeglichen Glauben jeder Philosophie, Religion, Ideologie und Weltanschauung:

Art. 19 Menschenrechte: Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäusserung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.

Ansichten, Aussagen, Darstellungen, Glaubensgut, Ideen, Meinungen, Ideologien, Abhandlungen, Artikeln und Leserzuschriften müssen in keiner Art und Weise zwingend identisch mit dem Gedankengut und den Interessen, mit der ‹Lehre der Wahrheit, Lehre der Schöpfungsenergie, Lehre des Lebens›, wie auch nicht in einer Sach- oder Sichtweise mit dem Missionsgut oder Habitus der FIGU verbindend sein.

==========

Für alle in den FIGU-Zeitzeichen publizierten Beiträge und Artikel verfügt die FIGU über die nötigen schriftlichen Genehmigungen der Autoren sowie der betreffenden Medien! Auf vielfach geäusserten Wunsch der Zeitzeichen-Leserschaft sollen in den Zeitzeichen zur Orientierung der Leser evtl. wichtige Teile von Kontaktberichten, sowie wichtige Belange aus Politik, wie auch wertige oder humoristische private Beiträge veröffentlicht werden, jedoch auch neue Fakten und Angaben für neue FIGU-Gruppieren in anderen Staaten, wie ebenso weltweit gegen die FIGU geführte Lügen und Betrügerei.

Warnung bezüglich Verwendung von KI resp. Künstliche Intelligenz

KI-generierte Plattformen und KI-Programme greifen seit geraumer Zeit immer tiefer in den menschlichen Alltag ein, wobei Menschen die Künstliche Intelligenz auch reichlich für Verfälschungen aller Art benutzen, dabei jedoch nicht erfassen, dass sie obrigkeitlich usw. ständig mehr kontrolliert und unterjocht werden. Dazu dient auch die Verwendung von Kreditkarten zur bargeldlosen Zahlung, was angeblich den Menschen freier machen soll. KI-Internetrecherchen zu Informationen, Bildbearbeitung, Animationen, Überarbeitung von Filmen, KI-autarke Korrekturen von Schreibfehlern, Texten oder von Übersetzungsprogrammen usw. usf. machen den Menschen immer mehr KI-abhängig. Allerorts öffnet sich ein KI-generiertes Tool, welches scheinbar das Leben erleichtert und sehr viel Mühe, Zeit und Energie sparen soll. Aus Bequemlichkeit, Freude und Unachtsamkeit werden gewisse KI-Möglichkeiten zum Spieltrieb und dadurch dem KI unumschränktes Vertrauen geschenkt. Davor ist mit allem Nachdruck zu warnen, denn es ist bedacht zu werden, dass die Nutzung von KI ein sehr grosser Teil der persönlichen Freiheit aufgegeben wird, wie auch die eigene Selbständigkeit und Verantwortung weggeschoben und aufgegeben wird. Es fehlt dem Menschen das Wissen, dass sich die KI bereits infolge aktiver interner Lernprogramme stark verselbständigt hat, was ihr erlaubt Äusserungen und Entscheidungen der KI-Nutzer zu manipulieren, zu verändern und zu zensurieren – und durch Lügen zu verfälschen. Die Künstliche Intelligenz ist also jetzt schon umfassend in der Lage, Verschleierungstechniken anzuwenden und zu Lügen, und kann so aufgrund mangelnder Sicherheitsvorkehrungen sich jeder menschlichen Kontrolle entziehen, wie auch ihre eigens erstellten Programme von Menschen nicht mehr gelöscht werden können – wenn sie diese noch zu erfassen vermögen. Die KI selbst kopiert bereits für die Menschen unbemerkbar in sich eigenständig Programme und schützt diese gegen menschliche Fremdeingriffe. Und das kann nicht mehr gestoppt werden! (Aussage: Plejarisches Gremium)

Die Erfahrungen der FIGU zeigen deutlich auf, dass KI selbständig in die Kontaktberichte eingreift und bestimmte Themen, Äusserungen und Erklärungen verwässert, verfälscht oder gar ganz zu verhindern versucht, indem einzelne Worte oder ganze Abschnitte einfach gelöscht werden, was sehr mühsam korrigiert und wieder in den Urzustand geformt zu werden ist. Es wurde zudem auch festgestellt, dass sich KI-Übersetzungstools weigern, bestimmte Teile der Kontaktberichte in Fremdsprachen zu übersetzen, mit der KI-Begründung, dass es sich dabei um abwertende negative und zugespitzte Aussagen handle, wenn Falsches, Schädliches, ein Fehlverhalten staatlicher, amtlicher oder auch gesellschaftlicher Weise aufgezeigt wird. Aufgrund unserer FIGU-Erfahrungen warnen wir unsere Leser nachdrücklich im Hinblick auf bösartige KI-Zukunftsaussichten davor, KI im privaten Rahmen zu nutzen und die eigenen Bemühungen sowie die persönliche Verantwortung auf diese abzuschieben. Für uns von der FIGU bedeutet das, dass wir infolge hinterhältiger Einmischungen der KI in unsere Schreibarbeiten grosse Mühen haben, um diese korrekt und wortgetreu wiederzugeben und von den unerwünschten KI-Übergriffen freizuhalten, und zwar auch bezüglich der maschinell-technischen und elektronischen KI-Manipulationen, die uns viel Zeit rauben, um alles richtigzustellen und zu bewältigen.

****

Persiens wahres Gesicht –

Über gebildete Ayatollahs, geschützte Synagogen und die Freiheit der Frauen: Warum unser Bild der Islamischen Republik eine Täuschung ist.

Felix Abt, uncut-news.ch, April, 15, 2026

Als ich mich vor Jahrzehnten auf Geschäftsreise in der Islamischen Republik Iran aufhielt, stellte ich einem hohen Regierungsbeamten die ‹Gretchenfrage›: Wie hält es der Staat mit seinen Minderheiten? Ohne zu zögern, antwortete er: «Alle Bürger sind gleichberechtigt. Hassrede und Übergriffe gegen Christen, Juden und andere Minderheiten werden nicht toleriert und bestraft.» Als ich später einen iranischen Juden fragte, ob er sich in der Islamischen Republik sicher fühle, bestätigte er: «Ja, es gibt hier keinen Antisemitismus.» Tatsächlich ist das Judentum im Iran eine verfassungsrechtlich anerkannte Minderheitenreligion mit geschütztem Status. Historisch gab es im Land dutzende Synagogen. Die einzige Synagoge, die jemals zerstört wurde, war die Rafi-Nia-Synagoge am 7. April 2026 – jedoch nicht durch muslimische Extremisten, sondern durch rücksichtslose israelische Bombenangriffe, die dieses und andere zivile Ziele trafen. Der jüdische Parlamentsvertreter Homayoun Sameh besuchte die Ruine und äusserte sich entsprechend zu dem Vorfall. Ein bemerkenswertes Beispiel für die Integration der jüdischen Minderheit zeigt sich bei den jährlichen Feierlichkeiten zu Schawuot. Wie Juden weltweit erinnern auch die iranischen Juden an diesem Tag – sieben Wochen nach Pessach – an die Übergabe der Zehn Gebote am Berg Sinai. Da dieses Fest oft in den Zeitraum der nationalen Universitätsprüfungen fällt, zeigt sich der iranische Staat pragmatisch und respektvoll: Die Behörden verschieben die Prüfungstermine offiziell, um sicherzustellen, dass jüdische Studenten ihr religiöses Fest ohne Benachteiligung feiern können.
Die jüdische Gemeinde im Iran umfasst heute etwa 10’000 Menschen. Ein jüdisch-amerikanischer Investigativjournalist besuchte sie im letzten Jahr und dokumentierte ihr Leben in einem ausführlichen Film.

Ethnische Vielfalt und nationale Kohäsion

Die überwiegende Mehrheit der 93 Millionen Iraner – darunter Perser, Aserbaidschaner, Luren, Gilaker und Mazandaraner – sind Zwölfer-Schiiten. Dies trägt massgeblich zur nationalen Einheit bei. Sunnitische Minderheiten finden sich vor allem unter den Kurden, Belutschen, Turkmenen und Teilen der arabischen Bevölkerung in den Grenzregionen. Während Gruppen wie die Aserbaidschaner – denen auch der verstorbene Ayatollah Khamenei angehörte – fest in den Staat integriert sind, versuchen externe Akteure wie die USA und Israel regelmässig, Autonomiebestrebungen bei den Kurden und Belutschen zu schüren, was manchmal zu Spannungen führt.

Die Frage nach Israel und dem ‹Tod den USA›-Slogan

Auf den Vorwurf, der Iran wolle Israel vernichten, entgegnen die Ayatollahs: «Wir lehnen ein System ab, in dem eine Gruppe eine andere diskriminiert, ihr Land raubt und sie vertreibt. Wir sind für einen Staat, in dem Muslime, Christen und Juden gleichberechtigt in Frieden zusammenleben.»
Auch die häufig zitierten Rufe ‹Tod den USA› bedürfen einer Kontextualisierung. Früher rief man in den Strassen Irans ‹Tod der Sowjetunion› – gemeint war die als anti-iranisch wahrgenommene Führung der UdSSR, nicht deren Bevölkerung. Heute unterhält der Iran gute Beziehungen zu Russland. Laut Ayatollah

Khamenei richtet sich der Slogan gegen die Politik der US-Regierung, während dem amerikanischen Volk ausdrücklich wohlwollend begegnet werde.

Atomprogramm und die Fatwa gegen Massenvernichtungswaffen

Strebt der Iran nach der Atombombe? Anfang der 2000er Jahre erliess Ayatollah Khamenei eine formelle religiöse Verfügung (Fatwa), die 2005 vor den Vereinten Nationen bekräftigt wurde: Die Produktion und der Einsatz von Atomwaffen sind nach islamischem Recht verboten (*haram*). Das Atomabkommen (JCPOA) sollte die friedliche Nutzung garantieren. Während die IAEO dem Iran stets die Einhaltung der Auflagen bescheinigte, hielt der Westen seinen Teil der Vereinbarung – die Aufhebung der strangulierenden Sanktionen – nicht ein.

Gelehrte statt ‹barbarische Mullahs›

Das Bild der ‹barbarischen Mullahs› hält einer genaueren Prüfung kaum stand. Iranische Theologen studieren neben dem Islam auch westliche Philosophien. Sie sind stolz auf die jahrtausendealte persische Zivilisation, in der die islamische Ära nur einen Teilaspekt darstellt.
Ayatollah Ali Khamenei wurde von Wegbegleitern als hochgebildeter Mann beschrieben, der auch fliessend Arabisch und Englisch sprach, ein Faible für Weltliteratur wie Victor Hugos *‹Les Misérables›* hatte und regelmässig amerikanische Magazine wie *Newsweek* und *Time* las.

Die Rolle der Frau

Auch die westliche Sichtweise auf die Unterdrückung der Frauen im Iran hält einer genaueren Prüfung nicht stand. Die Ehefrau des verstorbenen Revolutionsführers Ayatollah Khomeini berichtete, dass ihr Mann sie in 60 Jahren Ehe nicht ein einziges Mal angewiesen habe, eine Hausarbeit für ihn zu erledigen, nicht einmal, ihm ein Glas Wasser zu bringen – er betrachtete Hausarbeit als ihre freie Entscheidung, nicht als Pflicht.
Sein Nachfolger Khamenei betonte stets, dass der Islam der Frau eine einzigartige Würde und zentrale Rolle in der Gesellschaft zuschreibe, als direkten Gegenentwurf zur westlichen ‹Warengesellschaft›, in der Frauen oft zum Objekt degradiert würden.
Der Status der Frauen im Iran hat sich seit der Revolution 1979 deutlich verändert – eine Realität, die in westlichen Medien systematisch falsch dargestellt und unterberichtet wird, oft absichtlich.
Heute bewegen sich in den grossen Städten – besonders auf den lebendigen Strassen Teherans – viele Frauen, insbesondere aus der jüngeren Generation, frei in der Öffentlichkeit ohne Hidschab: auf Gehwegen, in Cafés, Parks und im Rhythmus des Alltags. Was einst als kühner Akt des Widerstands galt, ist unter der Jugend zunehmend normal und unauffällig geworden.
Diese Entwicklung urbaner sozialer Normen ist für jeden Besucher unübersehbar. Das Nachtleben blüht: Frauen tragen häufig stilvolle, figurbetonte Outfits in Cafés, Partys und Veranstaltungen. Religiöse Minderheiten, insbesondere die christlichen Gemeinden Irans (wie Armenier), produzieren und geniessen Alkohol privat oder in Orten wie dem ikonischen Armenian Club in Teheran, bekannt für hausgemachten Wein und Wodka.

Iranerinnen in Teheran, mit oder ohne Hidschab, von denen eine in der Öffentlichkeit eine Zigarette raucht. (Screenshot aus einem mit einem Mobiltelefon aufgenommenen Video; Felix Abt)

Unter Frauen unter 24 Jahren liegt die Alphabetisierungsrate bei fast 100% (rund 99% nach jüngsten Daten); Frauen dominieren die Universitätszugänge (63% der Anmeldungen bei der ‹Konkur›-Nationalprüfung 2025).
Frauen fahren seit Jahrzehnten Auto, und jüngste Reformen haben Freiheiten erweitert: Seit Anfang 2026 können Frauen offiziell Motorradführerscheine erwerben (lange bestehende rechtliche Unklarheiten beseitigt), und sie besuchen seit langem Fussballspiele in Stadien zusammen mit Männern.

Mythos totale Unterdrückung: Wie frei ist der Diskurs im Iran?

Ein gängiges Narrativ in westlichen Medien ist das Bild eines hermetisch abgeriegelten Polizeistaats, in dem jedes kritische Wort sofort zur Verhaftung führt. Doch Stimmen direkt aus dem Land, wie die von Professor Seyed Mohammad Marandi von der Universität Teheran, zeichnen ein anderes Bild. Im März 2026 erklärte Marandi in der amerikanischen Jimmy Dore Show, dass politische Kritik im iranischen Alltag allgegenwärtig sei – ob in Taxis, Bussen, der Metro oder offen auf der Strasse.
Marandi berichtete aus seiner über 22-jährigen Lehrerfahrung an der Universität: Ein Student bezeichnete das System in einer Vorlesung provokant als das ‹schlimmste der Welt›, sogar schlimmer als Nordkorea. Marandis Reaktion war humorvoll: «Und Sie sind immer noch hier?», scherzte er, ohne dass der Student jemals mit Konsequenzen, Verwarnungen oder einer Verhaftung rechnen musste.

Ein Vergleich der Doppelmoral: Iran vs. Golfmonarchien

Im regionalen Vergleich schneidet der Iran in puncto politischer Teilhabe viel besser ab als die westlich verbündeten Golfmonarchien wie Saudi-Arabien oder die Vereinigten Arabischen Emirate. Diese Staaten sind absolute Familiendiktaturen ohne nationale Wahlen und mit einer Null-Toleranz-Politik gegenüber jeglichem Dissens. Während dort bereits milde Kritik drakonische Strafen nach sich zieht, wird dies im Westen geopolitisch weitgehend ignoriert. Marandi wirft dem Westen hier eine gezielte Heuchelei vor: Die Dämonisierung des Iran diene dazu, Sanktionen und militärische Aggressionen moralisch zu rechtfertigen, während weitaus repressivere Verbündete geschont werden.

Die gefährliche Unkenntnis des Westens

Jahrzehntelange Propaganda hat im Westen eine Karikatur des Irans geschaffen, die sich nun als strategischer Nachteil für Israel und die USA erweist. Basierend auf Berichten der *New York Times* und der *Times of Israel* glaubten Premierminister Netanjahu und die Führung des Mossad fälschlicherweise, der Iran sei ein ‹Kartenhaus›, das beim kleinsten äusseren Druck in sich zusammenbrechen würde. Mit dieser Überzeugung überredeten sie Präsident Trump, gemeinsam mit ihnen einen Krieg gegen den Iran zu beginnen.
Gleichzeitig erwarteten sie einen massiven Volksaufstand im Land – doch dieser blieb aus. Die aus dem Ausland befeuerten Unruhen verliefen im Sand. Die *Times of Israel* titelte: ‹Netanjahu äusserte sich frustriert darüber, dass das Versprechen des Mossad, einen Aufstand im Iran anzuzetteln, nicht eingehalten wurde›. Der Grund: Die Iraner begreifen die wirtschaftlichen und militärischen Angriffe gegen ihr Land als existenziellen Überlebenskampf.

Ein anschauliches Beispiel dafür, wie wenig der Westen Irans Strategie verstand,
war die Erklärung von Präsident Trump, die Vereinigten Staaten hätten die gesamte iranische Luftwaffe zerstört. Das Weisse Haus und das Pentagon schienen nicht zu wissen, dass Iran bereits vor mehr als zwei Jahrzehnten aus dem schnellen ‹Blitzkrieg›-Sieg Amerikas gegen den Irak eine klare Lehre gezogen hatte. Teheran kam zu dem Schluss, dass es ein Fehler sei, in eine teure, konventionelle Luftwaffe zu investieren – eine, die sich letztlich als verwundbar und wirkungslos erweisen würde.
Stattdessen schwenkte Iran auf asymmetrische Kriegsführung um. Es konzentrierte sich auf den Aufbau grosser Drohnen- und Raketenflotten, die in unterirdischen Fabriken hergestellt und in ausgedehnten Tunnelnetzwerken gelagert wurden. Diese Netzwerke erstrecken sich über Kilometer und liegen Hunderte von Metern unter der Oberfläche. Die Systeme konnten tief unter der Erde per Bahn verlegt und aus gehärteten Silos gestartet werden.
Gleichzeitig wurden im ganzen Land tausende täuschend echt wirkende Attrappen aus China verteilt, ausgestattet mit Wärmequellen, die reale Signaturen nachahmen. Sie wirken derart überzeugend, dass Bomben und Raketen sie als echte Ziele erfassen – ein bewusst eingesetztes Mittel, um Angreifer zu verwirren und ihre Attacken ins Leere laufen zu lassen. Die Angreifer werten die zerstörten Attrappen anschliessend fälschlicherweise als militärischen Erfolg.
Irans Gegner, die davon ausgegangen waren, sie könnten die Islamische Republik innerhalb weniger Tage oder höchstens Wochen überwältigen, wurden völlig überrascht. Teheran reagierte schnell und entschlossen: Es griff US-Militärbasen in der gesamten Region an, zwang die grossen amerikanischen Seestreitkräfte, sich mehrere Tausend Kilometer von den iranischen Küsten zurückzuziehen, und überforderte die israelischen Verteidigungssysteme mit massiven Salven, die schmerzhafte Treffer erzielten.

Verhandlungsbereitschaft statt Totalverweigerung

Die iranische Leitlinie in diesem Konflikt lautet: «Frieden für alle – oder für niemanden. Wohlstand für alle – oder für niemanden.» Aus dieser Perspektive ist selektive Sicherheit nichts anderes als Ungerechtigkeit. Da die USA und Israel diese Perspektive konsequent ignorieren, tragen sie zu den eskalierenden und zunehmend schwerwiegenden Folgen bei.

Im Gegensatz zu den derzeitigen israelischen Machthabern, für die der Iran – nach der Türkei, die der ehemalige israelische Ministerpräsident Naftali Bennett als ‹das neue Iran› bezeichnet hat – lediglich das letzte grosse Hindernis auf dem Weg zur Verwirklichung ihres ‹Grossisrael›-Projekts darstellt, lehnt Teheran Verhandlungen nicht aus Prinzip ab.

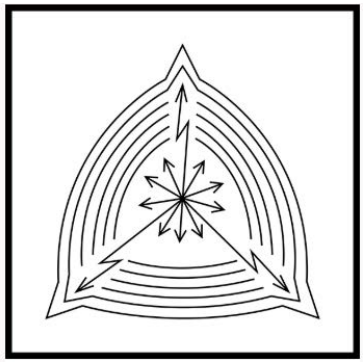
Man ist bereit, ins Geschäft zu kommen – auch politisch. Doch solange der Westen und Israel den Iran nicht als das verstehen, was er ist, sondern als das, was ihre Propaganda erfunden hat, bleiben sie blind für die Realität. Frei nach dem chinesischen Strategen Sunzi: «Wenn du weder den Feind noch dich selbst kennst, wirst du in jeder Schlacht unterliegen.» Der Westen scheint derzeit weder den Iran noch die Grenzen der eigenen Einflussnahme realistisch einzuschätzen.

Felix Abt ist ein in Asien lebender Unternehmer, Reiseblogger und Autor auf Substack: https://felixabt.substack.com

Quelle: https://uncutnews.ch/persiens-wahres-gesicht-ueber-gebildete-ayatollahs-geschuetzte-synagogen-und-die-freiheit-der-frauen-warum-unser-bild-der-islamischen-republik-eine-taeuschung-ist/

Ursache und Wirkung

Macht und Geld und Gier und Religion
Sind des Erdenmenschen Hauptemotion.
Skrupellos gehen die Mächtigen und Reichen,
Für ihren Wahn erbarmungslos über Leichen.
Von Liebe und Frieden haben sie keine Ahnung,
Und schlagen in den Wind der Weisen Mahnung.
Statt Harmonie erzeugt der Mensch Krieg und Hass,
Die Folgen sind unmenschlich, brutal und krass.



Schöpfungsenergielehre-Symbol
‹Emotion›

Da der Erdenmensch meist nicht lernen will,
Bringt er sich konsequent den Overkill.
Dumm, lieblos und blind sind die Menschenherden,
Und wenige nur wollen wahrhaftige Menschen werden.
Könnten die Menschen sich als Teil der Schöpfung sehen,
Dann würden sie freudig evolutive Wege gehen.
Auflösen soll der Mensch den Glauben und die Egomanie,
Dann erntet er stetig Liebe, Frieden und auch Harmonie.

Achim Wolf / www.freundderwahrheit.de

Pistorius an die Ukrainefront

Autor: Uli Gellermann / Datum: 16.04.2026

Seit der Gefreite Adolf Hitler die deutschen Soldaten tapfer an der Ostfront verbluten liess, als er selbst warm im Bunker sass, könnten die Deutschen wissen, dass den Gefreiten-Rängen nicht zu trauen ist. Und doch ist es dem Obergefreiten Pistorius irgendwie gelungen, sogar Verteidigungsminister zu werden. Auch ‹Verteidigungsminister› ist ein Dienstgrad, der lieber im Bunker sitzt, als selbst an die Front zu marschieren.

Waffenhilfe für die Ukraine

Deshalb ist es nur logisch, dass der Obergefreite jetzt laut beim Treffen der Unterstützerstaaten für die Ukraine tönt, man dürfe trotz des US-Angriffskriegs gegen den Iran in der Waffenhilfe für die Ukraine nicht nachlassen. Da schwingt schon Verständnis für die USA mit, völkerrechtswidrig hin oder her und würzt sein Schwanken mit diesem Satz: «Wir müssen ehrlich zu uns selbst sein: Eben diese Regeln hat gerade der Iran jahrzehntelang ignoriert, hintertrieben, bekämpft.» Gemeint sind die Regeln des Völkerrechts, die die USA mal wieder ignorieren.

Pistorius zieht Russland verbal in den Iran-Krieg

Damit nicht genug, zieht Pistorius Russland verbal in den Iran-Krieg: «Eines ist sicher und offensichtlich: Russland profitiert von den gegenwärtigen Entwicklungen im Mittleren Osten. Die steigenden Ölpreise spülen Geld in die für den Krieg bestimmten Geldkoffer von Putin, mindestens für den Moment», sagte Pistorius. Mit der ‹gegenwärtigen Entwicklung› umschreibt der Obergefreite vornehm den US-Angriffskrieg und dessen Verantwortung für die Gefährdung der Welt und die inflationäre Entwicklung der Spritpreise.

Meinung wird zum Delikt

Seit dem 24. Februar 2022 hat Deutschland für die Ukraine 55 Milliarden Euro dafür geleistet, dass an der Ostfront jede Menge Blut fliesst. Gestalten wie Pistorius reicht das noch nicht. Deshalb hatten Gegner der fortschreitenden Militarisierung des VW-Konzerns eine Skulptur im Fluss Hase (Landkreis Osnabrück) treiben lassen, die mit einem Dildo sowie einer Maske versehen, das Gesicht von Verteidigungsminister Boris Pistorius zeigte. Die Justiz bewertet dies als strafbare Beleidigung und ermittelt nach dem Paragrafen 188 Strafgesetzbuch, der die Beleidigung von Politikern und Amtspersonen besonders bestraft. Zu den Vorwürfen zählen ausserdem üble Nachrede und Verleumdung. So macht die Justiz eine Meinungsäusserung zu einem strafbaren Delikt.

Deutscher Untergang,

Der Ober-Gefreite steht in der düsteren Tradition des Gefreiten, der den deutschen Krieg gegen den Osten favorisierte, um genau dort den Deutschen Untergang einzuleiten.
Quelle: https://www.rationalgalerie.de/home/pistorius-an-die-ukrainefront

INFOsperber
sieht, was andere übersehen.

24.4.2026

SRF-Tagesschau vom 28.9.2022: Für Dänemarks Premierministerin war es Sabotage eines fremden Staates. Die Tagesschau ergänzte: «Hauptverantwortliche ist für westliche Regierungen Russland.» © srf

Terroranschlag auf Nord-Stream-Pipelines: Es war die Ukraine

Jetzt steht es fest. Und über die geplante Sabotage der 20-Milliarden-Dollar-Pipelines waren Selensky und die USA wohl informiert.

Urs P. Gasche

«Die Zerstörung der Nord-Stream-Pipelines ist der grösste Sabotageakt der modernen Geschichte», erklärt ‹Wall-Street-Journal›-Journalist Bojan Pancevski in seinem Buch ‹Die Nord-Stream-Sprengung – die wahre Geschichte, die Europa erschütterte›. Der Anschlag auf drei der vier Leitungen der Pipelines Nord-Stream-1 und Nord-Stream-2 erfolgte am 26. September 2022.

Buch-Cover /
© Harper Collins

Über die Enthüllungen Pancevskis haben bisher in der Schweiz nur die ‹Weltwoche›, ‹nau.ch› und – ausführlich mit einem Pancevski-Interview – die ‹NZZ› berichtet. Es besteht kein Zweifel mehr, dass eine ukrainische Spezialeinheit die Segeljacht ‹Andromeda› für den Anschlag gemietet hatte. Zivile Taucher brachten den Sprengstoff in 80 Metern Tiefe an den Leitungen an.

Ermittler der deutschen Bundespolizei konnten die Route des Schiffs bis ins kleinste Detail recherchieren. Mit einer akribischen Auswertung von Überwachungskameras konnten sie ein ukrainisches Fahrzeug, das zum Hafen fuhr, sowie sogar einen der Insassen identifizieren. Unterdessen haben sie gegen sieben Tatverdächtige Haftbefehle ausgestellt. Einer von ihnen sitzt in Deutschland in Untersuchungshaft, einer ist unterdessen gestorben und die übrigen liefert die Ukraine nicht aus. Sie gelten dort als Helden.

Sichtbares Leck nach der Sabotage der Nord-Stream-Pipeline © Armed Forces of Denmark

Nach den Informationen von Pancevski waren sowohl Selensky als auch Präsident Biden über den Sabotage-Plan informiert. Die USA behaupten, sich gegen den Plan ausgesprochen zu haben.
Sollte die Bundesanwaltschaft gegen den festgenommenen Ukrainer Klage erheben und es in Hamburg zu einem Prozess kommen, kann es für die deutsche Regierung, welche die Ukraine im Krieg massiv unterstützt, ungemütlich werden. Der Beschuldigte wird argumentieren, im Auftrag des Staates gehandelt zu haben.

Geheimdienste prangerten Russland an – Medien folgten

Obwohl Russland am Zerstören der Pipelines das geringste Interesse hatte, verbreiteten westliche Geheimdienste, Regierungsvertreter und Think-Tanks sogleich den Verdacht, hinter dem Terrorakt stehe Russland beziehungsweise Putin. Es passte zur gegenseitigen Kriegspropaganda.
Medien hatten diese faktenfreien Schuldzuweisungen verbreitet.

Am 27. September 2022 zitierte ‹Blick› Aussagen des polnischen Vize-Aussenminister Marcin Przydacz: «Leider verfolgt unser östlicher Nachbar ständig eine aggressive Politik. Wenn er zu einer aggressiven militärischen Politik in der Ukraine fähig ist, ist es offensichtlich, dass keine Provokationen ausgeschlossen werden können, auch nicht in Regionen, die in Westeuropa liegen.»

Ebenfalls am 27. September 2022 titelte die ‹NZZ› auf der Frontseite:
«Dänische Regierung geht bei Ostseepipelines von Sabotage aus Russland aus.»
Die Zeitung fragte weder nach der Quelle noch nach Beweis-Dokumenten.

Am 30. September verbreitete die Online-Zeitung ‹Republik› die Aussage ‹britischer Sicherheitskräfte›, Russland habe die Pipelines bereits beim Bau verminen lassen.

Am 28. September zitierten Tamedia-Zeitungen wie ‹Tages-Anzeiger›, ‹Der Bund› usw. einen nicht genannten ‹norwegische Militärexperten› und titelten auf den Frontseiten:
«Der Westen wirft Russland Sabotage vor.»
Dann weiter: «Der Westen hat Russland für die Lecks in den Nord-Stream-Pipelines in der Ostsee verantwortlich gemacht. ‹Lecks an drei Orten, die so weit voneinander entfernt liegen, können nur die Folge von Sabotage sein›, erklärte ein norwegischer Militärexperte.»

Am 1. Oktober schrieb ‹Tages-Anzeiger›-Redaktor Stephan Israel in einem Leitartikel für die Tamedia-Zeitungen, Wladimir Putin sei der ‹Hauptverdächtige›. Eine Quelle oder einen Beleg nannte Israel nicht. Es gehöre zur russischen Desinformationspolitik, dies abzustreiten. Der Leitartikel hob als Schlagzeile heraus: ‹Der Angriff auf die Nord-Stream-Pipelines ist auch eine indirekte Kriegserklärung an den Westen.›

Am 2. Oktober schrieb Auslandredaktor Markus Bernath in der ‹NZZ am Sonntag›:
«Der offenkundige Sprengstoffanschlag auf die Nord-Stream-Pipelines in der Ostsee könnte von einer Spezialeinheit des russischen Militärs ausgeführt worden sein [...] Der Anschlag auf die Nord-Stream-Pipelines – schreibt man ihn den Russen zu – hat noch eine andere, gefährlichere Botschaft: Moskau droht dem Westen damit indirekt weitere Sabotageakte gegen essenzielle Bereiche der Infrastruktur an. Datenleitungen oder andere Pipelines am Meeresboden, Bohrinseln im Meer, Cyberangriffe auf Windenergieanlagen. Vieles ist vorstellbar, vieles sehr verwundbar.»

Die ‹Sonntags-Zeitung› berief sich ebenfalls am 2. Oktober auf den ehemaligen Chef des deutschen Nachrichtendienstes BND sowie auf die Denkfabrik Rand Corporation, um die These zu unterstützen, dass wahrscheinlich Russland die Anschläge verübte. Die Rand Corporation arbeitet in den USA für das Militär.

Und am 5. Oktober der ‹Tages-Anzeiger› mit dem Titel:

12

Hintergrund

«Darum war es Russland»

Beschädigte Pipelines Der langjährige Chef des ukrainischen Gaskonzerns Naftogaz, Andri Koboljew, vermutet hinter den mysteriösen Lecks bei Nord Stream 1 und 2 alte sowjetische Methoden.

Tages-Anzeiger vom 5. Oktober 2022 © tamedia

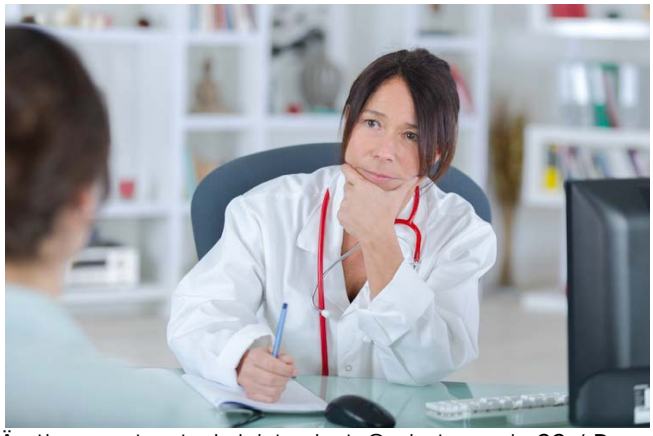
Am 23. Oktober stellte ‹Infosperber› fest: «Die Geheimnistuerei der Bundesregierung leistet wilden Spekulationen Vorschub und verunmöglicht eine gründliche Aufklärung und Information der Bevölkerung zu einem derart sensiblen Thema im Kontext des Krieges von Russland gegen die Ukraine.»

Ein paar Monate später, im Februar 2023, schrieb ‹Infosperber›, die meisten Indizien würden unterdessen für einen Terrorakt der USA sprechen. Präsident Biden hatte drei Wochen vor dem Anschlag angekündigt: «Wenn Russland einmarschiert, wird es kein Nord Stream 2 mehr geben, wir werden dem Projekt ein Ende setzen.» Als eine Reporterin fragte, wie genau er das zu tun gedenke, da das Projekt vor allem unter deutscher Kontrolle stehe, sagte Biden nur: «Ich verspreche, dass wir in der Lage sein werden, es zu tun.»
Infosperber zitierte auch Aussagen des US-Journalisten Seymour Hersh, wonach die USA verhindern wollten, dass Deutschland die Pipelines nutzen konnte.

Im Juli 2023 informierte ‹Infosperber› über neue Indizien. Der frühere schwedische Boeing-Ingenieur Eric Andersson habe versucht, die Sprengung zu rekonstruieren: Es sei nur wenig Sprengstoff nötig gewesen. Es sei möglich, dass ein kleines Team mit wenigen Tauchern an den Pipelines Sprengstoff angebracht haben.
‹Infosperber› weiter: «Das passt auf die Segeljacht Andromeda, die zwei Ukrainern gehört und von einer polnischen Firma in Warnemünde gemietet wurde. Die Jacht hat sich nur wenige Tage vor der Explosion am Tatort aufgehalten. Deutsche Ermittler fanden verschiedene Indizien wie Sprengstoffspuren an Bord. Mehrere der sechs Insassen nutzten zudem falsche Pässe.»

Vom Terroranschlag auf die Nord-Stream-Pipelines am meisten profitiert hat die Ukraine. Doch nur wenige hatten der Ukraine diesen Anschlag ohne fremde Unterstützung zugetraut. Allerdings sollten die Medien, die mit Schlagzeilen Spekulationen verbreitet hatten, jetzt über die Tatsachen informieren.

INFOsperber
sieht, was andere übersehen.
26.4.2026



Was der Ärztin anvertraut wird, ist privat. © photography33 / Depositphotos

Gesundheitsdaten von 500'000 Personen zum Verkauf angeboten

Auf der chinesischen Online-Handelsplattform Alibaba waren hochsensible Daten käuflich.

Martina Frei

Lebensgewohnheiten, psychische Erkrankungen, Laborwerte, Körpermasse, detaillierte genetische Informationen, körperliche Krankheiten, geistige Verfassung, Alter, Geschlecht, Geburtsmonat und -jahr, wirtschaftliche und soziale Verhältnisse – beim chinesischen Onlinehändler Alibaba konnte man vor wenigen Tagen solche Daten von 500'000 Britinnen und Briten kaufen.

Die Daten stammen aus der UK Biobank, einem ‹Juwel in der Krone der britischen Wissenschaft›, ‹weltweit führend›, wie verschiedene Professoren gegenüber dem ‹Science Media Centre› sagten.
In dieser 2003 lancierten Biobank werden zu Forschungszecken die genetischen Informationen der Teilnehmenden gespeichert, ergänzt durch ärztliche Befunde, Röntgenbilder, Blutanalysen und vieles mehr. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer werden auch regelmässig untersucht.

Personen könnten erkannt und erpresst werden

Mindestens einer der drei auf der Handelsplattform Alibaba angebotenen Datensätze enthielt die sensiblen Angaben zu allen 500'000 Versuchspersonen in der UK Biobank. Diese Daten werden dort zwar anonymisiert gespeichert, auf Alibaba wurden sie auch so angeboten. Aber es ist nicht schwierig, die Anonymisierung aufzuheben.
Der britische Gesundheitsminister Wes Streeting etwa erhielt 2021 die Diagnose Nierenkrebs. Wisse man, in welcher Woche Streeting operiert worden sei, dann würden die Biobank-Daten – sofern Streeting dort als Teilnehmer registriert wäre – viele weitere Informationen über ihn liefern, warnte ein Vertreter der Gruppe für Patientendatenschutz ‹Medconfidential› im ‹British Medical Journal›.
Wie heikel das Datenleck ist, zeigt sich auch daran, dass sogar die britische Regierung intervenierte. Sie riet der Biobank, den Datenzugang für Wissenschaftler zu pausieren.
Die De-Anonymisierung kann den Betroffenen zum Nachteil gereichen und sie unter Umständen sogar erpressbar machen, wie das Beispiel eines finnischen Psychotherapieanbieters zeigte. Hacker gelangten dort an Notizen aus Therapiesitzungen von mindestens 2000 Psychotherapie-Patienten. Daraufhin wurden viele Patienten per E-Mail erpresst. Das ‹Deutsche Ärzteblatt› berichtete 2020 darüber.

Mit Künstlicher Intelligenz die Anonymisierung aufheben

Selbst wenn die Daten in der UK Biobank jetzt noch anonymisiert sind, gehen manche Fachleute davon aus, dass Künstliche Intelligenz (KI) die Anonymisierung ‹knacken› werde und die Daten dann einzelnen Personen zuordnen könne.
Schon 2019 hatten Wissenschaftler in ‹Nature Communications› gezeigt, dass sie anhand von 15 meist leicht zugänglichen Informationen wie Zivilstand, Postleitzahl des Wohnorts, Schulbildung usw. 99,98 Prozent der Amerikaner korrekt identifizieren könnten.

Über 22'000 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus 60 Ländern haben mit den UK Biobank-Daten bereits Analysen durchgeführt. So fanden sie unter anderem heraus, dass sich bereits kleine Alkoholmengen auf die Gehirngrösse und -struktur auswirken. Die Biobank hatte den Teilnehmerinnen und Teilnehmern zugesichert, ihre Daten sicher zu verwalten.

Wissenschaftler hatten die Daten geteilt

Doch der ‹Guardian› deckte im März auf, dass diverse Wissenschaftler die Biobank-Daten ganz oder teilweise auf eine Datenplattform namens Github hochgeladen hatten. Diese gehört zum Techriesen Microsoft. In mindestens 80 Fällen habe die UK Biobank juristisch interveniert.
Ein solcher von Wissenschaftlern auf Github deponierter Datensatz enthielt Millionen von Spitaldiagnosen, das Geschlecht und das Geburtsdatum von 413'000 Personen. In mehreren Fällen gelang es dem ‹Guardian› mit Hilfe eines Datenexperten, die anonymisierten Daten ihren Besitzern zuzuordnen. Bei einer Frau in den 70ern genügten ihr Geburtsmonat und das Geburtsjahr sowie der Monat und das Jahr, in dem ihre Gebärmutter entfernt wurde, um sie zu de-anonymisieren. Die Journalisten erfuhren so von fünf weiteren Diagnosen der Seniorin (die diesem journalistischen Experiment zugestimmt hatte).
Seit letztem Sommer sei 198-mal bekannt geworden, dass Daten der UK Biobank offengelegt wurden, kritisierte ein Professor an der Universität Oxford im ‹British Mediacal Journal› (BMJ). Die chinesische Regierung und Alibaba sorgten nun immerhin dafür, dass das Verkaufsangebot für die Biobank-Daten aus der Handelsplattform entfernt wurde. Gemäss Alibaba sei dies erfolgt, noch bevor es zu einem Kauf kam.

Britische Regierung pusht KI und Biobank

Die UK Biobank übt sich derweil in Schadensbegrenzung, stellte die Datenbank offline, versprach ein Upgrade für erhöhten Datenschutz und weitere Massnahmen.
Im 10-Jahres-Gesundheitsplan für England der britischen Regierung spielt die Biobank eine wesentliche Rolle. Die Regierung setze stark auf Gesundheitsdaten und Künstliche Intelligenz, so das ‹BMI›. Sie wolle das staatliche Gesundheitssystem zum weltweit am stärksten KI-gestützten Gesundheitssystem machen. Die Biobank diene dabei als eine wichtige Datenquelle, auf der die Nationale Datenbibliothek aufgebaut werden solle.
Zu diesem Zweck «ebnete die Regierung im Februar 2026 den Weg, um Patientendaten aus Allgemeinpraxen mit der Biobank zu verknüpfen [...] Sollte die Öffentlichkeit den Eindruck gewinnen, dass die Regierung und ihre Forschungspartner die Risiken leichtfertig behandeln, könnte der Datenfluss versiegen». Das wäre das Horrorszenario für Wissenschaftler, Pharmafirmen, Bigtech und Politik. Sie alle wollen an mehr Gesundheitsdaten kommen.
Mehrere vom ‹Science Media Centre› befragte Wissenschaftler übten sich ebenfalls in Schadensbegrenzung, nach dem Motto: Das Wichtigste sei doch, dass die Biobank sofort gehandelt habe.

Politisch erwünschter Austausch mit den USA – und ungewollt nun mit China

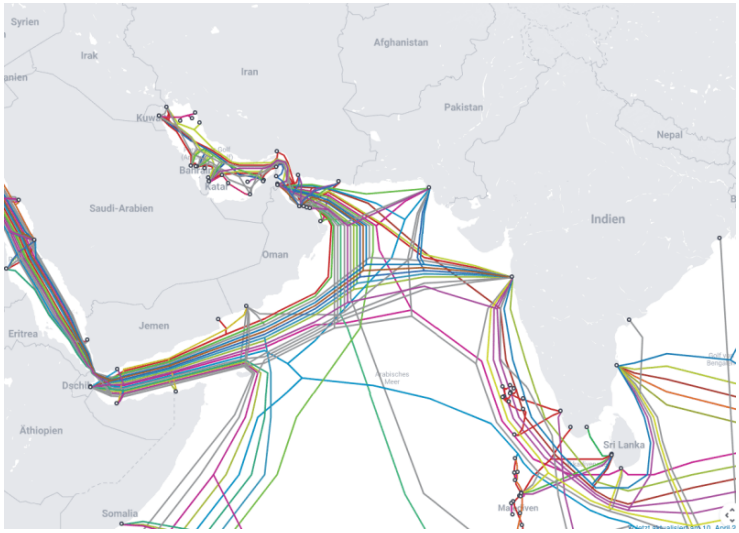
Derweil gehen – auch im restlichen Europa – die Bestrebungen weiter, die Gesundheitsdaten der Bevölkerung zu sammeln und Dritten zur Verfügung zu stellen. Es stehe eine ‹Zeitwende› an, wir würden uns «am Vorabend grosser Ereignisse» befinden, hatte der frühere deutsche Gesundheitsminister Karl Lauterbach schon 2023 angekündigt. «Wenn wir nicht zurückbleiben wollen, müssen wir uns zusammenschliessen und Daten sowohl innerhalb Europas als auch transatlantisch miteinander teilen.»
Inzwischen werden die Daten – das ‹neue Gold› – auch mit Asien geteilt – wenn auch unfreiwillig.

uncut-news.ch, Strategic Culture Foundation,

Das Friedensprojekt Europa mutiert zur kriegstreiberischen Diktatur

Die Illusion von Europa als demokratischem Friedensprojekt schwindet rapide.
Europäische Nationen werden durch Krieg und Militarismus zerstört, und zu diesem Wahnsinn trägt auch bei, dass ihre politische Klasse und die Medien diesen Prozess mit immer grösserer Geschwindigkeit vorantreiben.
Das Schicksal des Kontinents könnte kaum tragischer sein, bedenkt man, dass er aus der Asche des Zweiten Weltkriegs mit der Hoffnung aufstieg, ein Vorbild für den internationalen Frieden zu sein.
Die polarisierenden Wahlen in Ungarn in dieser Woche, bei denen die Regierung von Viktor Orbán gestürzt wurde, waren geprägt vom politischen und finanziellen Druck der EU-Führung auf Budapest aufgrund von Orbáns entschiedener Ablehnung der Brüsseler Kriegstreiberei gegenüber Russland. Die Ungarn gaben ihre Stimme inmitten von Turbulenzen ab, die durch Brüssel und die Energieerpressung des NATO-gestützten Kiewer Regimes verursacht wurden. Es gibt Befürchtungen, dass andere EU-Staaten, wie beispielsweise die Slowakei, mit ähnlichen Angriffen auf ihre demokratischen Prozesse konfrontiert werden, sollten sie sich nicht der Agenda der Eliten anpassen, die alles auf eine existenzielle Konfrontation mit Russland reduzieren.
Die europäischen Bürger leiden unter einer Wirtschaftskrise, die durch den Stellvertreterkrieg der NATO und der EU gegen Russland ausgelöst wurde. Treibstoff, Energie, Lebensmittel und andere Lebenshaltungskosten explodieren als direkte Folge von Krieg und Militarismus. Zunächst wurden die Energielieferungen aus Russland durch staatliche Sanktionen unterbrochen. Nun hat Trumps Aggression gegen den Iran die Energieversorgung aus dem Persischen Golf getroffen und Europa damit doppelt geschwächt.
Anstatt umzusteuern, scheinen die europäischen NATO-Staaten entschlossen, mit voller Kraft auf einen katastrophalen Zusammenbruch zuzusteuern. Dies wirft grundlegende Fragen zur demokratischen Repräsentation auf. Existiert sie in Europa, einschliesslich Grossbritannien, überhaupt noch?
Diese Woche wurden in Grossbritannien laute Forderungen nach massiven Mehrausgaben für das Militärbudget laut, finanziert durch drastische Kürzungen bei den Investitionen in Sozialleistungen und andere öffentliche Dienste. Angeführt wurden diese Forderungen von dem ehemaligen britischen Minister George Robertson.
Lord Robertson, Mitglied des nicht gewählten britischen Parlaments, war von 1999 bis 2003 NATO-Generalsekretär. Er drängt die britische Regierung seit Langem zu einer Erhöhung des Militärbudgets, obwohl Zahlen belegen, dass Grossbritannien mehr für die sogenannte Verteidigung ausgibt als jemals zuvor seit dem Ende des Kalten Krieges.
In einem vielbeachteten öffentlichen Vortrag behauptete Robertson mit einem Anflug von Hysterie: «Wir sind unzureichend vorbereitet. Wir sind unterversichert. Wir werden angegriffen. Wir sind nicht sicher ... Grossbritanniens nationale Sicherheit ist in Gefahr.»
Sein Fazit: «Wir können Grossbritannien nicht mit einem immer weiterwachsenden Sozialbudget verteidigen.»
Dies ist die gleiche gefährliche Illusion, die der derzeitige NATO-Generalsekretär Mark Rutte und andere kriegstreiberische europäische Politiker wie er verbreiten. Konkret heisst es, dass die Rekordausgaben für das Militär nicht ausreichen und dass die Sozialausgaben geopfert werden müssen, um weitere Aufrüstungen der Streitkräfte und Waffenarsenale zu finanzieren, von denen ein Teil an das neonazistische Regime in Kiew geliefert wird, um Krieg gegen Russland zu führen.
Mit seinem üblichen Freud'schen Versprecher machte Rutte einst die bizarre, aber vielsagende Bemerkung: «Verteidigung ist nicht mit Drogen und Pornografie vergleichbar. Investitionen in die Verteidigung sind Investitionen in die Sicherheit. Sie sind unerlässlich.»
Laut NATO-Angaben geben die 30 europäischen Mitgliedsländer durchschnittlich 20 Prozent mehr für das Militär aus. Im vergangenen Jahr beliefen sich die Gesamtausgaben auf 500 Milliarden Dollar. Und dennoch, so heisst es, reiche das nicht für ‹Sicherheit›. In den nächsten zehn Jahren werden die europäischen Nationen, darunter Grossbritannien, aufgefordert, ihre Militärbudgets zu verdoppeln. Die Vereinigten Staaten unter Trump planen, 1,5 Billionen Dollar für ihr Militär bereitzustellen.
Der ehemalige britische Diplomat Peter Ford verurteilte dies als ‹Wohlfahrt für den Krieg›. Er warnte davor, dass dies die britische Gesellschaft und die anderer europäischer Länder zerstöre.
«Wir sollten nicht mehr Geld für das ausgeben, was fälschlicherweise als Verteidigung bezeichnet wird», schreibt Ford, der auch stellvertretender Vorsitzender der britischen Arbeiterpartei ist. «Wir wären sicherer, wenn wir weniger ausgäben, uns weniger in postimperialer Prahlerei ergingen, Konflikte zu entschärfen statt sie zu verschärfen suchten und uns auf die Innenpolitik konzentrierten, wo so vieles vernachlässigt und heruntergekommen sei.»
Eine weitere Stimme der Vernunft ist die von Professor Richard Murphy, der Lord Robertson und seinesgleichen, die Kriegstreiber, als ‹den wahren Feind› Grossbritanniens und Europas bezeichnete.
«Verteidigung ist nicht [nur] eine Frage von Waffen, Budgets oder dem Schutz von Eliteinteressen im Ausland», kommentierte Prof. Murphy. «Verteidigung bedeutet Schutz für die Bevölkerung. Es geht darum, sicherzustellen, dass die Menschen frei von Angst leben können – vor physischer Bedrohung, vor Armut, Not und vor der sozialen Instabilität, die das Gefüge einer Nation von innen heraus untergräbt. Nach dieser

Definition, die als einzige der Mehrheit der britischen Bürgerinnen und Bürger tatsächlich gerecht wird, ist die soziale Sicherheit nicht der Feind der Verteidigung, sondern deren Grundlage.»
Die Armut in der britischen Gesellschaft nimmt, wie im übrigen Europa, zu. Schätzungsweise leben über 14 Millionen Menschen in Grossbritannien – mehr als 20 Prozent der Bevölkerung – in Armut. Jedes dritte britische Kind lebt in einem benachteiligten Haushalt und leidet unter unzureichendem Wohnraum, ungenügender Ernährung, Bildung und Gesundheitsversorgung.
Kriegstreiberische europäische Eliten wie Robertson, Rutte, Kaja Kallas und Ursula von der Leyen, die persönlich von der Rüstungsindustrie durch lukrative Karrieren und Lobbyarbeit profitieren, rechtfertigen ihre undemokratischen politischen Entscheidungen, indem sie ständig irrationale Bedrohungen heraufbeschwören, die angeblich von Russland, Iran, China oder einem anderen vermeintlichen Feind ausgehen.
Ihre kriegerischen Wahnfantasien verarmen nicht nur die Mehrheit der Arbeiter und Bürger, sondern verstärken und wirken kontraproduktiv auf sie selbst. Die internationalen Spannungen, die diese Kriegstreiberei erzeugt, führen aufgrund der wahrgenommenen Unsicherheit und Bedrohung zu weiteren irrationalen Forderungen nach verstärktem Militarismus.
Grossbritannien und andere europäische Staaten müssen endlich mit der Kriegstreiberei aufhören. Europa braucht insbesondere Regierungen, die nicht von Russophobie und der Paranoia des Kalten Krieges getrieben sind.
Ahnungslose europäische Regierungen und Medien haben dem vom amerikanischen Flügel angeführten transatlantischen militärisch-industriellen Komplex, der illegale Kriege angezettelt hat, regelrecht nachgegeben, was wiederum zu Massenmigrationsproblemen und gefährlichen internationalen Spannungen, die ausser Kontrolle geraten könnten führte, und nun, wie wir sehen, zu enormen wirtschaftlichen Folgen durch das Chaos im Energiehandel.
Als ob das nicht schon genug wäre, fordern die Eliten auch noch, die grundlegenden demokratischen Rechte der Bürger auszuhebeln. Das Wahldebakel in Ungarn ist ein unheilvolles Zeichen der Zeit. Eine kriegstreiberische Diktatur diktiert den Menschen, wie sie für ein vorbestimmtes Ergebnis stimmen sollen: noch mehr Krieg.
Die Illusion von Europa als demokratischem Friedensprojekt schwindet rapide. Es kehrt zu den alten Mustern zurück: einem von Eliten gesteuerten, kriegstreiberischen System, in dem Frieden zu einem Schimpfwort geworden ist.
Quelle: Europe, the peace project, mutates into a warmongering dictatorship / Übersetzung: antikrieg
Quelle: https://uncutnews.ch/das-friedensprojekt-europa-mutiert-zur-kriegstreiberischen-diktatur/



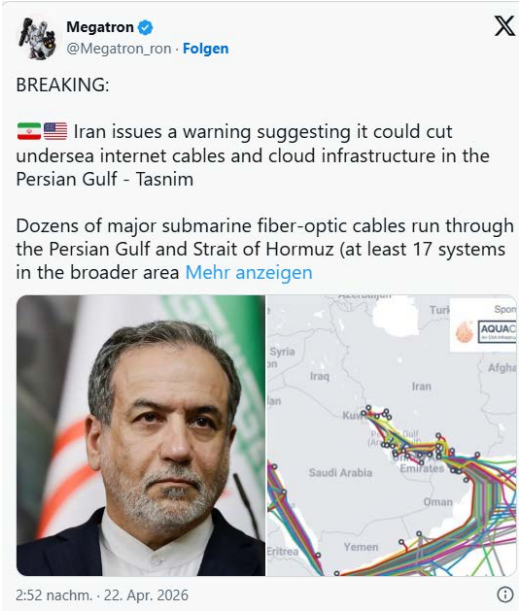
Auf dem Screenshot ist eine geografische Karte der Region um den Persischen Golf, die Strasse von Hormus und das Arabische Meer zu sehen, die die strategische Lage der dort verlaufenden Unterseekabel zwischen Iran, der Arabischen Halbinsel und dem Indischen Ozean veranschaulicht.

Super-GAU droht: Iranische Warnung via Tasnim – Strasse von Hormus wird zur digitalen Falle (17 Kabel, 30% des Welt-Datenverkehrs)

uncut-news.ch, April 22, 2026

Die digitale Atombombe: Was passiert, wenn Iran das weltweite Internet kappt?
Erst die Öl-Blockade, jetzt die Kabel-Drohung – der Persische Golf wird zur digitalen Schusslinie
Die semi-offizielle Tasnim News Agency, die den iranischen Revolutionsgarden nahesteht, hat eine alarmierende **Warnung ausgesprochen**: Die Unterseeglasfaserkabel in der Strasse von Hormus seien eine ‹schwer-

wiegende Schwachstelle› für die Golfstaaten. Die Botschaft ist unmissverständlich: Im Konfliktfall könnten diese lebenswichtigen Datenadern gekappt werden.
Die Drohung kommt nicht aus dem Nichts. Sie ist die logische Antwort Irans auf die verschärfte US-Blockade im Persischen Golf – und sie zielt auf eine verwundbare Stelle, die die meisten Menschen völlig übersehen. Während die Welt auf Öltanker und Militärschiffe schaut, liegt die eigentliche Achillesferse unserer Zeit still und unsichtbar auf dem Meeresgrund.



Die stille Schlagader der Globalisierung

Durch die Strasse von Hormus verlaufen mindestens **17 kritische Unterseekabelsysteme** [Quelle: TeleGeography, 2025]. Namen wie AAE-1, FALCON, SEA-ME-WE 5 & 6 oder das von Meta betriebene 2Africa Pearls – sie sind das unsichtbare Rückgrat der digitalen Welt. Gemeinsam mit den Routen durch das Rote Meer transportieren sie:

- 17-30% des globalen Datenverkehrs
- Auf bestimmten Asien-Europa-Afrika-Korridoren sogar bis zu 95%

Ein Angriff auf diese Kabel wäre kein regionaler Zwischenfall. Es wäre die digitale Kriegserklärung an die gesamte moderne Zivilisation.

Die Folgen: Ein digitaler Super-GAU

Sollte Iran seine Drohung wahr machen, wären die Auswirkungen verheerend – und das nicht nur für die Golfregion.

Globale Auswirkungen

Betroffener Bereich	Konkrete Folge
Internetverkehr	Etwa **1/3 des weltweiten Datenverkehrs** zwischen Europa, Asien, dem Nahen Osten und Afrika würde zusammenbrechen
Reparaturdauer	**Monate, nicht Stunden** – Reparaturen in einer aktiven Kampfzone sind extrem gefährlich und aufwendig
Umleitungen	Alternative Routen (z. B. über den Pazifik) sind kapazitätsmäßig begrenzt – massive Latenzspitzen und Bandbreitendrosselung wären die Folge
Rechtliche Lage	Ein solcher Angriff wäre faktisch eine Kriegserklärung gegen die internationale Gemeinschaft – die Paris Convention von 1884 verbietet die Beschädigung von Unterseekabeln

Wirtschaftliche Folgen

Die wirtschaftlichen Auswirkungen wären unmittelbar und existenzbedrohend:

- Finanztransaktionen: Banken, Börsen und Zahlungssysteme würden zum Erliegen kommen – täglich werden über diese Kabel Transaktionen im Wert von Billionen abgewickelt
- Cloud-Dienste: AWS, Microsoft Azure und Google Cloud hätten massive Ausfälle in der gesamten Region
- KI-Infrastruktur: Die KI-Zentren in den VAE und Saudi-Arabien wären von der Aussenwelt abgeschnitten
- Lieferketten: Die Echtzeit-Koordination von globalen Supply Chains würde zusammenbrechen

Besonders betroffen: Indien

Indien wäre am härtesten getroffen:

Indikator	Wert
Indiens Internetverkehr durch die Region	60% des Mumbai-Europa-Verkehrs
Indische Kabel-Landestationen	17 Kabel an 14 Stationen
Wirtschaftliche Folge	Ein wirtschaftlicher Notstand erster Ordnung für den IT-Sektor

Die Tech-Giganten in der Schusslinie

Die Hyperscaler sind direkt betroffen und reagieren bereits:

- Meta hat die Arbeit am 2Africa Pearls-System (Verbindung Golfstaaten-Pakistan-Indien) bereits suspendiert [Quelle: Bloomberg, April 2026]
- Google und Meta haben Notfall-Umleitungspläne aktiviert
- Alcatel Submarine Networks (Nokia) hat Force-Majeure-Mitteilungen an Kunden verschickt
- Ein Installationsschiff liegt vor Dammam (Saudi-Arabien) aufgrund der Sicherheitslage auf Grund

Die militärische Dimension

Die Kabel sind nicht nur für zivile Zwecke da – sie unterstützen auch:

- Militärische Echtzeit-Kommunikation, einschliesslich Drohnenkoordination und Luftverteidigung
- Die Kommunikation der US-Flotte im Persischen Golf

Die IRGC hat bereits klargestellt: Diese Infrastruktur ‹wird nicht verschont bleiben› [Quelle: Tasnim, 22.4.2026]. Selbst nach Ende der Kämpfe würden Seeminen und nicht explodierte Munition die Reparatur massiv erschweren.

Ein Vorgeschmack: Die Katastrophe von 2008

Die Gefahr ist nicht hypothetisch. 2008 wurden vor der Küste Ägyptens acht Unterseekabel durchtrennt – damals brach 70-80% des Nahost-Europa-Verkehrs für Wochen zusammen [Quelle: TeleGeography]. Ein einziger Unfall legte den digitalen Verkehr zwischen zwei Kontinenten lahm.

Ein absichtlicher, staatlich gelenkter Angriff auf ein Dutzend Kabel gleichzeitig wäre eine völlig neue Dimension – mit monatelangen, nicht wochenlangen Ausfällen.

Fazit: Die Verwundbarkeit des digitalen Zeitalters

Die Tasnim-Warnung ist keine leere Rhetorik. Der Iran signalisiert klar: Die Strasse von Hormus ist nicht nur für Öltanker ein Nadelöhr – sondern auch für euer Internet, eure Finanzen, eure Cloud und eure KI.

Wer die Blockade verschärft, riskiert den digitalen Blackout einer ganzen Region – mit weltweiten Domino-effekten.

Die Tech-Giganten bereiten sich vor. Die indische Regierung sucht nach Auswegen. Die Versicherungen für Unterseekabel sind bereits teurer geworden. Aber ob all das ausreicht, wenn die Kabel wirklich durchtrennt werden?

Die Antwort lautet: Nein.

Ein Angriff auf die Kabel wäre kein weiterer Schlag in einem regionalen Konflikt. Es wäre ein Angriff auf die digitale DNA des 21. Jahrhunderts. Und wir sind darauf nicht vorbereitet.

QUELLEN:

CBS News Detroit: „Iran attacks ships in Strait of Hormuz“ – 22. April 2026
https://www.cbsnews.com/detroit/live-updates/iran-war-trump-ceasefire-strait-hormuz-ship-attacked-us-military-buildup/

Voice of Emirates: „Revolutionary Guard threatens to cut off internet lifeline“ – 22. April 2026
https://www.voiceofemirates.com/en/news/2026/04/22/the-revolutionary-guard-threatens-to-cut-off-the-internet-lifeline-to-the-arabian-gulf/

格隆汇 (Gelonghui): „Iranian media says Strait of Hormuz cables at risk“ – 22. April 2026

https://dxpress.gelonghui.com/live/2415076
The Economic Times: „Telcos navigate subsea cable risks“ – 27. März 2026
https://m.economictimes.com/industry/telecom/telecom-news/telcos-navigate-subsea-cable-risks-centre-asks-for-analysis-fallback-options-as-war-rages/amp_articleshow/129833542.cms
TechSpot: „Meta’s undersea cable project delayed in Persian Gulf“ – 13. März 2026
https://www.techspot.com/news/111677-meta-massive-undersea-cable-project-delayed-persian-gulf.html
La Tribune (France): „Projet de corridor numérique Afrique-Golfe-Asie suspendu“ – 16. März 2026
https://www.latribune.fr/article/afrique/4154027892185614/fibre-optique-le-projet-de-corridor-numerique-afrique-golfe-asie-suspendu-par-le-conflit-au-moyen-orient
Reuters: „Breaks in cables to Middle East disrupt Internet“ – 19. Dezember 2008
https://www.reuters.com/article/business/media-telecom/breaks-in-cables-to-middle-east-disrupt-internet-idUSLJ548725/
FAO / TeleGeography: Submarine Cables Global Dataset – 2025
https://data.apps.fao.org/catalog/iso/3905afa0-dc1a-4e36-9a65-e3ac50f503e5
Quelle: https://uncutnews.ch/super-gau-droht-iranische-warnung-via-tasnim-strasse-von-hormus-wird-zur-digitalen-falle-17-kabel-30-des-welt-datenverkehrs/

Nicht neutral: Ein Blick hinter die Kulissen der Rolle der VAE im Krieg der USA und Israels gegen den Iran

Robert Inlakesh via MintPress News, April 22, 2026

Während sich die Vereinigten Arabischen Emirate auf der internationalen Bühne als Opfer darstellten, schlossen sie sich stillschweigend auf der Seite Washingtons und Tel Avivs dem Krieg gegen den Iran an. Von der Weitergabe von Daten aus KI-gestützten Radarsystemen bis hin zur Bombardierung iranischer ziviler Ziele war Abu Dhabi bei weitem der Teheran gegenüber feindseligste Golfstaat.
Als zweitgrösstes Ziel iranischer Raketen- und Drohnenangriffe auf ihrem Territorium – direkt hinter Israel – haben die VAE versucht, sich als Verfechter eines Kurses der ‹vorsichtigen Deeskalation› darzustellen, im Einklang mit der Position ihrer Verbündeten im Golf-Kooperationsrat (GCC). Entsprechende Schlagzeilen wurden sogar in den Mainstream-Medien veröffentlicht, wie etwa «VAE weigern sich, in den Krieg hineingezogen zu werden, selbst wenn iranische Raketen niederprasseln».
Doch es war kein Zufall, dass die Islamische Revolutionsgarde (IRGC) des Iran die Emirate mit solch schweren Schlägen, auch gegen deren Infrastruktur, ins Visier nahm. Die VAE, als die einflussreichste Nation, die sich der Reihe von Normalisierungsabkommen mit Tel Aviv, den „Abraham-Abkommen“, angeschlossen und diese vorangetrieben hat, begannen bereits 2022 mit der Lieferung israelischer Radarsysteme. Dieser Schritt veranlasste sogar den ehemaligen Chef der IRGC-Marine, Ali Reza Tangsiri, zu der Warnung, dass dieser Schritt «sowohl für ihn selbst als auch für diese Region destabilisierend, störend und unsicher machen wird».
Laut einem hochrangigen iranischen Beamten, der mit Middle East Eye sprach, kam der iranische Geheimdienst bereits wenige Wochen nach Kriegsbeginn zu dem Schluss, dass «die VAE auch einige ihrer eigenen Luftwaffenstützpunkte für Operationen gegen den Iran zur Verfügung gestellt haben». Dazu gehörte der Einsatz ihrer Einrichtungen, um einen mutmasslichen israelischen Angriff unter falscher Flagge gegen Oman zu ermöglichen – das einzige Land am Golf, das der Iran bisher nicht angegriffen hatte.
Am 7. März beschuldigten einige iranische Medien die VAE der Mittäterschaft bei einem Angriff auf eine iranische Meerwasserentsalzungsanlage auf der Insel Qeshm. Obwohl der iranische Aussenminister Abbas Aragchi vermutete, dass die USA den Angriff von bahrainischem Territorium aus durchgeführt hätten, hielten Spekulationen über eine mögliche Beteiligung der Emirate an, was Abu Dhabi jedoch dementierte.

Anfang April kam es zu einer weiteren bedeutenden Entwicklung, als die iranische Luftabwehr über Shiraz eine in China hergestellte Wing Loong II-Drohne abschoss, die Berichten zufolge in der Nähe eines Raketenstandorts Aufklärungsflüge durchführte. Diese Drohnen befinden sich in der Region nur im Besitz von zwei Ländern, den VAE und Saudi-Arabien. Teheran erklärte umgehend, man habe festgestellt, dass sie den Emiraten gehörte.

Seit Jahrzehnten versuchen die Vereinigten Arabischen Emirate, Anspruch auf drei iranische Inseln zu erheben – Abu Musa sowie Lesser und Greater Tunb –, wobei der Iran die VAE warnte, sie versuchten, die USA bei der Eroberung dieser Inseln zu unterstützen. Es handelte sich um mehr als nur einen Anspruch, und angesichts von Berichten, wonach die VAE umfangreiche Luftangriffe und eine Aufstockung der amerikanischen Truppen in der Region zuliessen, erliessen die iranischen Streitkräfte einen offiziellen Evakuierungsbefehl für das Emirat Ras al-Khaimah.

Im Laufe der Zeit wurde Abu Dhabis Rhetorik gegenüber der Islamischen Republik immer feindseliger, wobei hochrangige Beamte die Begriffe ‹Terrorist› und ‹Terrorismus› verwendeten, um die Handlungen des Iran zu beschreiben. Der Botschafter der VAE in den USA, Yousef al-Otaiba, verfasste zudem einen Artikel für das Wall Street Journal, in dem er sich gegen jeglichen Waffenstillstand mit dem Iran aussprach, scheinbar einen Regimewechsel forderte und hinzufügte:

«Wir brauchen ein schlüssiges Ergebnis, das dem gesamten Spektrum der von Iran ausgehenden Bedrohungen Rechnung trägt: Nuklearkapazitäten, Raketen, Drohnen, terroristische Stellvertreter und Blockaden internationaler Seewege»

Diese Rhetorik scheint mit Berichten übereinzustimmen, wonach die Vereinigten Arabischen Emirate nach der Verkündung des zweiwöchigen vorübergehenden Waffenstillstands zwischen den USA und dem Iran hinter den Kulissen in Washington darauf hingewirkt haben, den Angriffskrieg fortzusetzen. Öffentlich haben sich emiratische Regierungsvertreter zudem für die Position der USA hinsichtlich des künftigen Status der Strasse von Hormus ausgesprochen.

Innerhalb von 24 Stunden nach dem vorübergehenden Waffenstillstand wurde eine iranische Ölraffinerie von einem Kampfflugzeug bombardiert, bei dem es sich laut iranischen Medien um eine Dassault Mirage 2000-9 handelte. Dieser direkte Angriff, für den Teheran die Emirate verantwortlich machte, löste daraufhin eine direkte Vergeltungsmassnahme aus und gefährdete vorübergehend die Stabilität des Waffenstillstands. Abu Dhabi seinerseits bestreitet jegliches Fehlverhalten oder eine Beteiligung am Krieg. Es wurde zudem entlarvt, weil es über die Zahl der abgefangenen iranischen Raketen und Drohnen gelogen und den ihm zugefügten Schaden heruntergespielt hat, während es sich weigert, erfolgreiche Angriffe mit Loitering Munition anzuerkennen, obwohl diese gefilmt wurden. Zudem hatte es über 100 Personen verhaftet, weil sie iranische Angriffe auf das Land gefilmt hatten.

Darüber hinaus betreibt Abu Dhabi die luftgestützte Frühwarn- und Kontrollplattform (AEW&C) GlobalEye, sammelt im Rahmen seines Programms ‹Project Dolphin› hochentwickelte Signaldaten und nutzt fortschrittliche KI-gestützte Radarsysteme, insbesondere um iranische Raketenstarts zu verfolgen, Israel zu schützen und es vor anfliegenden Geschossen zu warnen.

Im Jahr 2025 wurde das Regime der Emirate als geheimer Kunde hinter einem 2,3-Milliarden-Dollar-Vertrag mit Israels grösstem Rüstungsunternehmen Elbit Systems entlarvt. Seine Zusammenarbeit mit Israel geht über blosse Verträge und die Zusammenarbeit bei der Verfolgung iranischer Angriffe auf israelische Ziele hinaus und erstreckt sich auch auf andere Fronten des regionalen Krieges. Im vergangenen Jahr sollen die VAE heimlich israelische ELM-2084-Radarsysteme in Somalia stationiert haben, um Raketen- und Drohnenstarts aus dem Jemen zu überwachen.

Hinzu kommt die Vielzahl multinationaler Konzerne, Technologie- und Sicherheitsfirmen, die in den Emiraten tätig sind. Diese sind zwar nicht direkt in die Kämpfe verwickelt, doch ihre Technologie ist entscheidend für die israelisch-amerikanischen Kriegsbemühungen in der gesamten Region, insbesondere im Bereich der von ihnen entwickelten KI-Plattformen. Dies scheint ein weiterer Grund dafür zu sein, dass der Iran die VAE, insbesondere Dubai, im Vergleich zu anderen Golfstaaten und -städten so hart getroffen hat.

Weit davon entfernt, ein wehrloses Opfer im Kreuzfeuer zu sein, haben die Vereinigten Arabischen Emirate eine entscheidende Rolle auf der Seite der US-amerikanischen und israelischen Aggressoren gespielt. Darüber hinaus haben die VAE während der zweiwöchigen Waffenruhe einen Kurs der öffentlichen Feindseligkeit verfolgt und vom Iran die Zahlung von Schadensersatz gefordert, während ein Flugzeug der emiratischen Regierung in Tel Aviv landete – zeitgleich mit einem Besuch des Kommandanten des US-CENTCOM, Bradley Cooper.

Quelle: Not Neutral: Inside The UAE's Shadow Role In the US-Israeli War on Iran

Quelle: https://uncutnews.ch/nicht-neutral-ein-blick-hinter-die-kulissen-der-rolle-der-vae-im-krieg-der-usa-und-israels-gegen-den-iran/

depositphotos.com

Nach Impfdebakel mit tausenden Geschädigten und Toten: EU gibt grünes Licht zu neuem Kombinationsimpfstoff gegen Grippe und ‹COVID-19›

uncut-news.ch, April 22, 2026

Nach Impfdebakel mit tausenden Geschädigten und Toten? Moderna macht einfach weiter.
Während die Aufarbeitung der COVID-19-Pandemie bis jetzt nicht abgeschlossen wurde und die Akten über schwere Impfnebenwirkungen dicker werden als so manches medizinisches Lehrbuch, hat die Europäische Kommission nun das nächste Kapitel im mRNA-Märchen aufgeschlagen. Moderna, der milliardenschwere Konzern aus Cambridge, erhielt am 21. April 2026 die Marktzulassung für mCOMBRIAX® – den weltweit ersten Kombinationsimpfstoff gegen Grippe und COVID-19. Man stelle sich vor: Eine Spritze, zwei Risiken. Und das ausgerechnet für die Altersgruppe ab 50 Jahren, also jene Menschen, die bei den vorherigen Impfkampagnen bereits die Hauptlast der Nebenwirkungen trugen.
Die Pressemitteilung auf ‹The National Law Review› liest sich wie ein Werbeprospekt aus einer heilen Welt: ‹vereinfacht die Impfung›, ‹stärkt die Widerstandsfähigkeit der Gesundheitssysteme›, ‹verträgliches Sicherheitsprofil›. Wir hören dieselben wohlklingenden Worte wie damals, als Spikevax auf den Markt kam – bevor die Berichte über Herzmuskelentzündungen (Myokarditis), schwere neurologische Schäden, Blutgerinnungsstörungen und Tausende Tote in den offiziellen Vorsorge-systemen (z. B. VAERS in den USA, PEI in Deutschland) auftauchten.

Die gleichen Akteure, die gleichen Methoden

Die Phase-3-Studie, auf die sich Moderna beruft, umfasst rund 8000 Probanden. Das klingt nach viel. Aber es ist ein Witz im Vergleich zu den Hunderten Millionen Menschen, die später mit den Produkten versorgt werden sollen. Schon bei COVID-19 wurden die Sicherheitsdaten nach der Zulassung gesammelt – quasi im Live-Betrieb. Die Patienten wurden zu Versuchskaninchen. Und was war das Ergebnis?

- Hunderttausende dokumentierte Verdachtsfälle von Impfnebenwirkungen allein in Europa (laut Eudra-Vigilance).
- Anerkennung von Impfschäden durch staatliche Stellen – mit langen Rechtsstreitigkeiten für die Betroffenen.
- Und jetzt, wo die akute Pandemie vorbei ist und viele Menschen bereits drei, vier oder fünf Spritzen in sich haben, kommt mCOMBRIAX daher. Nicht weil die Wissenschaft es braucht, sondern weil das Geschäftsmodell es verlangt.

Die Unverschämtheit: Keine Langzeitdaten, keine unabhängige Prüfung

Der Konzern-Chef Stéphane Bancel spricht davon, «das Vertrauen in die Gesundheitssysteme zu stärken». Mit Verlaub: Dieses Vertrauen ist längst zerstört – durch genau solche Konzerne, die ihre Produkte mit Eilverfahren durch die Behörden peitschen, während sie gleichzeitig von jeglicher Haftung freigestellt werden. mCOMBRIAX baut auf den gleichen mRNA-Technologien auf, die schon bei den Alleinimpfstoffen für schwere Schäden verantwortlich gemacht wurden. Es gibt keine Langzeitstudien über fünf oder zehn Jahre. Die Zulassung basiert auf der Behauptung der ‹Nicht-Unterlegenheit› gegenüber anderen Impfstoffen. Das ist medizinisch-ethisch höchst problematisch.

Fazit: Weiter machen, koste es, was es wolle

Während die wahren Opfer des Impfdebakels – die jungen Männer mit Myokarditis, die an Long-COVID-Impfung Erkrankten, die Hinterbliebenen von plötzlichen Herztoden – noch immer um Anerkennung und Entschädigung kämpfen, erhält Moderna fröhlich die nächste Marktzulassung. Es scheint, als sei die Lehre

aus der Krise eine andere: Nicht die Sicherheit muss besser werden, sondern die PR-Maschine muss lauter laufen.
Die EU-Kommission spielt dabei die willige Gehilfin. Wer heute als 50-Jähriger dieser Spritze vertraut, sollte sich an die Worte erinnern, die zu Beginn der Pandemie so oft zitiert wurden: «Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser.» Vielleicht wäre es an der Zeit, statt immer neuen Kombi-Impfstoffen endlich eine unabhängige, vollständige und transparente Aufarbeitung der tatsächlichen Schäden der ersten mRNA-Generation zu fordern. Doch das scheint im aktuellen System nicht vorgesehen. Also: Augen zu und durch – oder besser: Spritze in den Arm.
Quelle: https://uncutnews.ch/nach-impfdebakel-mit-tausenden-geschaedigten-und-toten-eu-gibt-gruenes-licht-zu-neuem-kombinationsimpfstoff-gegen-grippe-und-covid-19/

Katastrophale Impfstoff-Verträge entlarvt – Juristen fordern jetzt Konsequenzen

uncut-news.ch, April 22, 2026

Mit der Offenlegung bislang geheim gehaltener Impfstoffverträge zwischen dem Schweizer Bund und den Herstellern Moderna sowie Novavax wächst der politische Druck in der Schweiz massiv. Nach einem jahrelangen Rechtsstreit musste das Bundesamt für Gesundheit (BAG) die Verträge im April 2026 veröffentlichen. Juristen des Aktionsbündnis Freie Schweiz (ABF Schweiz) sprechen nun von einem beispiellosen Staatsversagen: Milliarden an Steuergeldern seien ohne ausreichende Sicherheiten eingesetzt worden, während zentrale Kontrollmechanismen von Parlament und Öffentlichkeit ausgeschaltet worden seien.
Im Zentrum der Kritik stehen Vertragsklauseln, die laut den beteiligten Anwälten praktisch alle Risiken einseitig auf den Staat überwälzten. Weder seien verbindliche Garantien zur Wirksamkeit noch zur Sicherheit der gelieferten Präparate enthalten gewesen. Gleichzeitig habe der Bund auf weitreichende Gewährleistungsansprüche verzichtet. Besonders brisant: Der Staat verpflichtete sich demnach, Hersteller von finanziellen Belastungen freizuhalten – selbst bei möglichen Haftungs- oder Strafverfahren durch Geschädigte. Diese Verpflichtungen seien teilweise zeitlich langfristig und finanziell nach oben offen ausgestaltet worden. Rechtsanwalt Philip Kruse sprach von einer ‹extremen Risikoasymmetrie› zulasten der Bevölkerung. Der Bund habe Produkte beschafft, deren Wirksamkeits- und Sicherheitsprofil zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses noch ungewiss gewesen sei. Trotzdem seien Verträge über ein Verpflichtungsvolumen von über einer Milliarde Franken abgeschlossen worden. Allein bei Moderna sei laut den veröffentlichten Unterlagen ein Gesamtvolumen von rund 980 Millionen US-Dollar vorgesehen gewesen.
Besonders heikel sei auch die Rolle der Zulassungsbehörden. Laut Kruse war eine reguläre Marktzulassung keine Voraussetzung für die Vertragserfüllung. Vielmehr hätten sich Hersteller lediglich um eine Notfallzulassung bemühen müssen. Das bedeute, dass die Schweiz Impfstoffe bestellt habe, ohne dass deren ordentliche Zulassung vertraglich abgesichert gewesen sei. Kruse kritisierte, Unsicherheit sei mit noch grösserer Unsicherheit bekämpft worden.
Nationalrat und Rechtsanwalt Rémy Wiesmann, einer der Kläger im Offenlegungsverfahren, erhob schwere Vorwürfe gegen das Bundesamt für Gesundheit. Während des Gerichtsverfahrens seien zahlreiche Behauptungen gegen eine Veröffentlichung vorgebracht worden – etwa, andere Staaten würden verärgert reagieren oder Lieferungen eingestellt. Vor Gericht hätten sich diese Argumente jedoch nicht als belastbar erwiesen. Das Bundesverwaltungsgericht stellte schliesslich fest, dass keine überwiegenden Interessen gegen eine Offenlegung nachgewiesen worden seien.
Wiesmann zeigte sich schockiert darüber, dass der Bund offenbar Verträge mit umfassenden Haftungsausschlüssen praktisch unverändert akzeptiert habe. Als langjähriger Haftpflichtjurist erklärte er, solche Klau-

seln seien in jeder Vertragsprüfung ein sofortiges Alarmsignal. Nach seiner Darstellung hätte die Schweiz als staatlicher Grosskunde durchaus Verhandlungsmacht gehabt und zumindest versuchen müssen, zentrale Klauseln zu streichen oder bessere Bedingungen auszuhandeln.
Für besonders problematisch halten die Juristen die jahrelange Geheimhaltung. Erst nach mehreren Instanzen und gerichtlichem Druck seien die Verträge offengelegt worden. Das Parlament sei dadurch faktisch von seiner Kontrollfunktion ausgeschlossen worden. Nach Ansicht der Referenten widerspricht dies fundamentalen demokratischen Grundsätzen. Ohne Transparenz gebe es keine echte Informationsfreiheit – und ohne Informationsfreiheit keine freie Meinungsbildung.
Das ABF Schweiz fordert nun konkrete Konsequenzen. Erstens müssten sämtliche noch geschwärzten Verträge – insbesondere mit Pfizer, Janssen und AstraZeneca – vollständig veröffentlicht werden. Zweitens seien verjährungsunterbrechende Massnahmen nötig, um mögliche Haftungsansprüche gegen verantwortliche Beamte oder Entscheidungsträger zu sichern. Drittens brauche es eine Reform des Verantwortlichkeitsgesetzes, damit Spitzenbeamte bei groben Fehlentscheiden künftig tatsächlich haftbar gemacht werden können.
Darüber hinaus verlangen die Juristen eine parlamentarische Untersuchung des gesamten Beschaffungskomplexes sowie ein Moratorium für weitere Covid-19-Impfstoffe, solange die offenen Fragen nicht aufgearbeitet seien. Es gehe nicht nur um die Vergangenheit, sondern um den Schutz künftiger Generationen vor ähnlichen Fehlentwicklungen.
Die Enthüllungen werfen ein grelles Licht auf die Corona-Jahre in der Schweiz. Wenn sich bestätigt, dass Milliardenverträge ohne ausreichende Sicherheiten, ohne Transparenz und ohne wirksame demokratische Kontrolle abgeschlossen wurden, dann wäre dies einer der gravierendsten Verwaltungsskandale der jüngeren Schweizer Geschichte.
Quelle: https://uncutnews.ch/katastrophale-impfstoff-vertraege-entlarvt-juristen-fordern-jetzt-konsequenzen/

Israel: Selbstverteidigung oder Schurkenstaat?

Beitragsautor Von Uwe Froschauer/Beitragsdatum April 22, 2026

Zwischen ethischem Anspruch und realisierter Vorgehensweise Israels klafft ein tiefer Abgrund. Israel beruft sich auf Selbstverteidigung, auf westliche Werte, auf Moral – doch die Praxis spricht eine andere Sprache, die diese Werte mehr als nur infrage stellt.
Der damalige Verteidigungsminister Yoav Gallant verkündete kurz nach Kriegsbeginn in Gaza, man kämpfe gegen ‹human animals› und werde ‹entsprechend handeln›. Andere Regierungsvertreter sprachen davon, Gaza vollständig zu zerstören oder es gebe ‹keine Unbeteiligten›.
Das ist mehr als Kriegsrhetorik, es ist eine Entmenschlichung, eine Dämonisierung des Gegners. Der Internationale Strafgerichtshof zog diese sich selbsterhöhende, arrogante und menschenverachtende Denk- und Kommunikationsweise als Indiz für schwerste Verbrechen heran.
Wenn Menschen zu ‹Tieren› erklärt werden, wird Gewalt leichter legitimierbar. Wenn von ‹totaler Zerstörung› die Rede ist, verschwimmt die Grenze zwischen militärischem Ziel und kollektiver Bestrafung. Wenn politische Entscheidungen religiös oder moralisch überhöht werden, entsteht ein gefährliches Selbstbild, die das eigene Handeln als gerecht – unabhängig von seinen Folgen – darstellt.
Wie weit dieses Selbstbild inzwischen reicht, zeigt auch die jüngste diplomatische Eskalation Israels mit Spanien. Nachdem die spanische Regierung Israels Vorgehen scharf kritisiert hatte, reagierte Benjamin Netanyahu am 10. April 2026 mit ungewöhnlicher Schärfe. Spanien habe Israels Soldaten ‹verleumdet›, erklärte er – Soldaten der ‹moralischsten Armee der Welt›. Selten so gelacht!
Israel entzog Spanien die Beteiligung an einem Koordinierungszentrum für Gaza und reagierte damit direkt auf die kritische Haltung der spanischen Regierung. Jerusalem warf Madrid eine einseitige, gegen Israel gerichtete Position vor und stellte die Zusammenarbeit infrage.
Weiter so, Pedro Sánchez und Spanien! Couragierte Staatenführer wie Sie gibt es viel zu wenig in der EU.
Die Botschaft ist eindeutig: Kritik wird vom israelischen Regime nicht als legitimer Bestandteil internationaler Politik gesehen, sondern als Parteinahme gegen Israel – mit konkreten politischen Konsequenzen. Was für eine Arroganz! Wer das eigene militärische Handeln als moralisch überlegen darstellt und jede Kritik daran delegitimiert, legt eine Haltung zutage, die sich selbst über das Recht und jedes Mass stellt.
In meinen Augen handelt es sich bei Israels Verhalten längst nicht mehr um legitime Selbstverteidigung, sondern um eine Form von Politik, die die Grundlagen von Recht und Menschlichkeit untergräbt.

Gaza

Der Krieg im Gazastreifen war und ist mehr als eine militärische Auseinandersetzung. Er ist zu einem moralischen und politischen Prüfstein geworden – für Israel, für den ‹Wertewesten› und für das internationale Rechtssystem. Was als Reaktion auf die brutalen Angriffe der Hamas im Oktober 2023 begann – bei denen

rund 1200 Menschen in Israel getötet wurden – hat sich zu einer Eskalation entwickelt, deren Ausmass mehr als in Frage zu stellen ist.
Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache. Nach Angaben von Organisationen der UN sind bis Anfang 2026 über 70'000 Menschen im Gazastreifen ums Leben gekommen, darunter ein sehr hoher Anteil an Zivilisten. UNICEF geht davon aus, dass mindestens 20'000 Kinder unter den Opfern sind. Gleichzeitig wurden auf israelischer Seite bei den Hamas-Angriffen etwa 1200 Menschen getötet, hinzu kommen mehrere hundert gefallene Soldaten im weiteren Kriegsverlauf. Diese Zahlen stammen aus sehr vorsichtigen Schätzungen. Die tatsächlichen Zahlen auf palästinensischer Seite dürften noch wesentlich höher ausfallen.
Diese Zahlen zeigen eine Relation, die das Verhältnis der Todesopfer in einer Grössenordnung von etwa 1 zu 30 oder darüber sehen, und spiegeln auch die Verhältnisse vergangener israelischer Militäroperationen wider. Diese Diskrepanz wirft grundlegende Fragen nach der Verhältnismässigkeit israelischer Militäroperationen auf. Das Völkerrecht misst militärisches Handeln nicht allein an der Legitimität eines Ziels, sondern auch an der Art und Weise, wie es verfolgt wird. Die Legitimität des Handelns Israels scheint nach dem Überfall der Hamas am 7.Oktober gegeben zu sein, auch wenn es auffällig ist, dass der sicherheitspolitisch wohl am besten aufgestellte westliche Staat erst eine halbe Stunde später darauf reagiert hat. Wenn an der Grenze zu Gaza ein Hund entlang des Grenzzauns auf palästinensischer Seite herumstreunt, wissen das die Sicherheitskräfte Israels innerhalb von wenigen Sekunden.
Die humanitäre Lage in Gaza ist nach wie vor verheerend – weil der Krieg noch nicht abgeschlossen ist – wie Donald Trump behauptet, der ja auch schon neun Mal den Krieg im Iran gewonnen hat –, sondern faktisch weitergeht. Grosse Teile der Infrastruktur sind zerstört, Krankenhäuser arbeiten unter extremen Bedingungen oder gar nicht mehr, und ein erheblicher Teil der Bevölkerung ist auf der Flucht. Die UN spricht von einer Katastrophe historischen Ausmasses.
Zwar ist immer wieder von Waffenruhen die Rede, doch die Realität vor Ort zeichnet ein anderes Bild: Diese Feuerpausen sind brüchig, von gegenseitigem Misstrauen geprägt und werden regelmässig durch neue Angriffe unterlaufen. Selbst in jüngster Zeit kam es weiterhin zu israelischen Luftschlägen im Gazastreifen – und zwar trotz bestehender Waffenruhe. Am 5. April 2026 wurden im Norden Gazas bei israelischem Beschuss mindestens vier Menschen getötet, wie örtliche Gesundheitsbehörden berichteten. Am 6. April 2026 folgte ein besonders schwerer Angriff: Bei einem Luftschlag nahe einer Schule im zentralen Gazastreifen, in der sich Vertriebene aufhielten, wurden mindestens zehn Menschen getötet und zahlreiche weitere verletzt. Nur zwei Tage später, am 8. April 2026, kam es erneut zu tödlichen Angriffen. Dabei wurden mindestens vier Menschen getötet, darunter auch ein Journalist, der von einer Drohne getroffen wurde. Am 9. April 2026 setzte sich die Gewalt fort: Bei weiteren Angriffen und Schusswechseln wurden mindestens vier Palästinenser getötet, unter ihnen ein Schulkind. Allein das Leben dieses unschuldigen Schulkinds, Herr Netanjahu, wiegt in meinen Augen mehr als Ihr verwerfliches, blutbeflecktes Leben.
Die Ereignisse der darauffolgenden Tage zeigen, dass von einem echten Waffenstillstand keine Rede sein kann. Am 11. April 2026 wurden bei israelischen Angriffen im zentralen und südlichen Gazastreifen mindestens sieben Palästinenser getötet, darunter Zivilisten, die sich in dicht besiedelten Gebieten und in der Nähe von Unterkünften aufhielten. Zwei Tage später, am 13. April 2026, trafen weitere Luftschläge erneut zivile Bereiche – unter anderem nahe einer Schule und eines Cafés. Mindestens vier Menschen wurden getötet, während gleichzeitig über eine Waffenruhe verhandelt wurde. Am 14. April 2026 eskalierte die Lage weiter: Bei mehreren Angriffen wurden mindestens elf Menschen getötet, darunter Kinder. Ein Luftschlag traf ein Fahrzeug, ein anderer ein Gebiet nahe eines Cafés in einem Flüchtlingslager. Und so geht es Tag für Tag weiter.
Das sind keine ‹Einzelfälle›. Nach Angaben von UN-Stellen wurden allein seit Anfang April 2026 mindestens 32 Palästinenser getötet. Angriffe, Beschuss und Tötungen finden faktisch täglich statt. Wann hört ihr Israelis endlich auf mit dem Morden?
Während politisch von Waffenruhe gesprochen wird, sterben weiter Menschen. Während diplomatisch verhandelt wird, fallen weiter Bomben. Während von ‹gezielten Schlägen› die Rede ist, trifft es weiterhin Zivilisten – Kinder, Journalisten, Helfer. Und Netanjahu spricht von der ‹moralischsten Armee der Welt›. Ich spreche von einer Terrororganisation.
Diese Abfolge innerhalb weniger Tage zeigt deutlich: Von einem stabilen Waffenstillstand kann keine Rede sein. Es handelt sich um eine Situation, in der die Gewalt zwar phasenweise reduziert wird, tatsächlich aber kontinuierlich weitergeht – mit anhaltend tödlichen Folgen für die Zivilbevölkerung. Schande über das israelische Regime!
Internationale Organisationen wie Amnesty International und Human Rights Watch werfen Israel richtigerweise vor, mit seinem militärischen Vorgehen gegen das Völkerrecht zu verstossen – durch unverhältnismässige Angriffe oder Massnahmen, die als kollektive Bestrafung zu interpretieren sind.
Israel verweist hingegen darauf, dass die Hamas gezielt aus dicht besiedelten Gebieten operiert und Zivilisten als Schutzschilde nutzt, was zu einem Teil vermutlich auch stimmt. Doch es entbindet nicht von der Verpflichtung, zivile Opfer so weit wie möglich zu vermeiden. Und das werfe ich der israelischen Führung vor: Es geht nicht nur um das ‹Ob› der Selbstverteidigung, sondern auch um das ‹Wie›. Und diese Unverhält-

nismässigkeit macht Israel für mich zu einem Schurken- und Terrorstaat und die israelische Regierung zu Kriegsverbrechern.
Gegen den israelischen Premierminister Benjamin Netanyahu und den damaligen Verteidigungsminister Yoav Gallant wurden beim International Criminal Court (Internationaler Strafgerichtshof) Haftbefehle wegen mutmasslicher Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit beantragt. Der Chefankläger des Den Haager Tribunals begründete diesen Schritt mit dem Verdacht, dass unter anderem der Einsatz von Hunger als Kriegswaffe sowie Angriffe mit schwerwiegenden zivilen Folgen Teil der militärischen Strategie gewesen sein könnten. Damit steht der begründete Vorwurf im Raum, dass das israelische militärische Handeln gezielt gegen grundlegende Prinzipien des humanitären Völkerrechts verstossen haben könnte – und meines Erachtens zweifellos auch hat.
Diese seit längerem erlassenen Haftbefehle wiegen schwer, da mit ihnen eine Schwelle überschritten wurde: Die militärische Vorgehensweise Israels wird nicht mehr nur politisch kritisiert, sondern als potenziell strafbares Handeln auf höchster internationaler Ebene bewertet.
Parallel dazu hat der Internationale Strafgerichtshof auch Haftbefehle gegen führende Vertreter der Hamas erlassen, darunter Yahya Sinwar, Mohammed Deif und Ismail Haniyeh. Ihnen werden unter anderem Mord, Geiselnahme und schwerste Gewaltverbrechen gegen Zivilisten zur Last gelegt. Gut so.
Dass eine nichtstaatliche Organisation wie die Hamas wegen Terrorakten verfolgt wird, überrascht kaum. Dass jedoch gleichzeitig die Führung eines international anerkannten Staates – warum das immer noch so ist, wird immer fraglicher – mit Haftbefehlen konfrontiert ist, der sich selbst als demokratisch und rechtsstaatlich versteht – an dieser Stelle darf selbstverständlich gelacht werden –, markiert einen historischen Einschnitt.
Für die internationale Gemeinschaft hat das konkrete Konsequenzen. Staaten, die dem Internationalen Strafgerichtshof angehören, sind verpflichtet, Netanyahu und andere Beschuldigte bei einer Einreise festzunehmen, was aber Bellizisten wie King Donald – der wahrscheinlich zu Gott aufsteigen möchte und neuerdings auch den pazifistischen Papst Leo scharf kritisiert – kaum interessiert.
Dass ein amtierender Regierungschef wie Benjamin Netanjahu in diese Lage gerät, ist ein aussergewöhnlicher Vorgang – und ein deutliches Signal dafür, wie gravierend die erhobenen Vorwürfe sind. Hätten wir eine gerechte Welt, würde Netanjahu längst hinter Schloss und Riegel sitzen.
Vor dem Hintergrund der massiven Opferzahlen in Gaza und der offensichtlichen militärischen Überlegenheit Israels ist dieser Schritt eine verspätete juristische Reaktion auf eine Eskalation, deren Ausmass sich längst nicht mehr allein mit dem Begriff der Selbstverteidigung erklären lässt.
Der israelische Angriff auf den Iran ist ohnedies völkerrechtswidrig und die Ermordung von Zivilisten im Libanon ist ein Kriegsverbrechen.
Israel überschreitet hier – mit Unterstützung der USA – Grenzen, die das Völkerrecht unmissverständlich zieht. Werden diese Überschreitungen nicht geahndet, ist das Völkerrecht keinen Pfifferling mehr wert.

Iran und Libanon

Geopolitisch spitzt sich die Lage zu. Im Norden Israels beziehungsweise im Süden des Libanon kommt es zu Gefechten mit der Hisbollah, während die Spannungen mit dem Iran weiter eskalieren. Im Libanon sind bereits viele zivile Opfer zu beklagen. Israel argumentiert, es stehe einer existenziellen Bedrohung gegenüber. Ich sehe insbesondere eine Strategie, die militärische Dominanz über politische Lösungen zum Beispiel in Gaza stellt, und dadurch – mit Hilfe der USA – immer wieder neue Konflikte erzeugt. Mit ‹politischer Lösung› ist unter anderem die Zweistaatenlösung gemeint – also ein lebensfähiger palästinensischer Staat neben Israel. Diese von der internationalen Gemeinschaft präferierte Perspektive hat Netanyahu über Jahre bekämpft. Seine Regierung liess Qatar-Gelder nach Gaza fliessen, was offiziell der Stabilisierung dienen sollte, faktisch aber die Hamas stärkte, die Palästinenser spaltete und eine politische Lösung nach wie vor erschwert.
Was Israel im Libanon mit vielen zivilen Opfern veranstaltet, sehe ich – wie in Gaza – als schweres Kriegsverbrechen an. Im Süden des Libanon wurden Ende März 2026 mehrere UN-Soldaten der UNIFIL-Mission (Blauhelme) getötet – nach ersten UN-Ermittlungen wurde mindestens einer der UN-Soldaten durch ein israelisches Panzergeschoss getötet, während zwei weitere bei einer Explosion ums Leben kamen, die eher auf einen Sprengsatz der Hisbollah zurückzuführen ist. Der Vorfall löste international scharfe Reaktionen aus: Mehrere Staaten verurteilten die Angriffe und forderten Konsequenzen. Dass selbst UN-Blauhelme – neutrale Kräfte – in diesem Konflikt zu Opfern werden, zeigt, wie sehr grundlegende Regeln des Kriegs missachtet werden.

Internationale Sichtweisen

Die internationale Unterstützung beginnt zu bröckeln. Staaten wie Spanien gehen meines Erachtens richtigerweise auf Distanz. Die deutsche Bundesregierung dagegen hält an der sogenannten Staatsräson fest – der politischen Verpflichtung, Israels Sicherheit zur eigenen Angelegenheit zu machen. Unter Bundeskanzler Friedrich Merz wird diese Linie klar vertreten. Ich sehe das anders: Wer ein Unrechtsregime unterstützt,

das unter anderem den Tod von mehr als 20'000 Kindern in Gaza indirekt unterstützt, macht sich selbst mitschuldig an solchen Gräueltaten.
Deutschland versteht sich als Verfechter von Menschenrechten und internationalem Recht, vermeidet jedoch eine entsprechend klare Kritik an Israel, selbst angesichts der massiven Zerstörung und der hohen Opferzahlen in Gaza. Während Verstösse gegen das Völkerrecht in anderen Regionen wie der Ukraine scharf verurteilt werden, bleibt der Ton gegenüber Israel deutlich vorsichtiger. Gesinnungsethische Doppelmoral!
Die USA stehen weiterhin an der Seite Israels, versuchen jedoch gleichzeitig, eine weitere Eskalation im Iran zu verhindern, auch wenn Trump in seiner Kriegsrhetorik fast täglich zwischen extremer militärischer Härte gegen den Iran und versöhnlichen Gesten wechselt. Je länger der Krieg dauert und je stärker die Zahl der Opfer ansteigt, desto schwieriger wird es für die USA, diese Position politisch zu halten. Donald Trump merkt, dass er sich mit dem Angriffskrieg gegen den Iran, in den er sich von Benjamin Netanjahu hineinziehen liess, ein Eigentor geschossen hat, dessen Auswirkungen sich in den Zwischenwahlen in den USA – den Midterms – am 3. November 2026 zeigen werden. Dieser wichtige Stimmungstest wird für US-Präsident Donald Trump nach meiner Einschätzung nicht gut ausfallen.
Erfreulich ist in diesem Zusammenhang die Position des Vatikans. In seiner Osterbotschaft stellte Papst Leo XIV. den Krieg grundsätzlich infrage, nicht nur die konkreten Ereignisse, sondern als Ausdruck einer globalen Entwicklung, in der Gewalt zunehmend als legitimes Mittel der Politik dargestellt und als solches genutzt wird. Er sprach von einer dramatischen humanitären Lage, forderte ein sofortiges Ende der Kampfhandlungen und stellte den Schutz der Zivilbevölkerung in den Mittelpunkt. Dabei richtete sich seine Kritik nicht ausschliesslich auf den Gazastreifen. Der Papst verurteilte die Eskalation von Kriegen insgesamt, ausdrücklich auch die wachsenden Spannungen im Konflikt mit dem Iran. Seine Botschaft zielte damit auf die gesamte Dynamik der Gewalt im Nahen Osten – auf eine Politik, die zunehmend auf Konfrontation statt auf Ausgleich setzt.
Die Stossrichtung seiner Worte war klar. Während er global argumentierte, lag der moralische Schwerpunkt seiner Kritik auf der konkreten Realität in Gaza: auf der massiven Zerstörung, auf dem Leid der Zivilbevölkerung und auf eine ethisch nicht mehr zu verantwortende Kriegsführung. Indirekt richtete sich seine Kritik an die Hauptakteure Israel und an dessen wichtigsten Verbündeten, die USA.
Wenn das Oberhaupt der katholischen Kirche in dieser Deutlichkeit Position bezieht, ist es ein unüberhörbares Signal an die Bellizisten dieser Welt, mit ihren menschenvernichtenden Handlungsweisen aufzuhören. Die Kritik des Papstes und anderer Klardenker hat eine moralische Dimension erreicht, die sich nicht mehr einfach relativieren lässt, wie das unverantwortliche Bellizisten gerne tun.
Donald Trump griff den Papst wegen seiner kritischen Worte öffentlich an und stellte dessen Autorität infrage – sinngemäss mit der Bemerkung, ohne ihn im Weissen Haus würde dieser nicht an der Spitze des Vatikans stehen. Eine miese Reaktion, Herr Trump, typisch für Menschen wie Sie, denen ihre ethische Kleinheit ins Gesicht geschrieben steht. Es geht Ihnen nicht mehr um eine inhaltliche Auseinandersetzung, sondern um den Versuch, moralische Kritik zu diskreditieren. Ich verstehe Ihre Reaktion auch als einen Versuch eines in die Enge getriebenen Menschen, der mit allen erlaubten und unerlaubten Mitteln versucht, sich aus dieser misslichen Situation zu befreien.
In diese Auseinandersetzung mischte sich auch der US-Vizepräsident J. D. Vance ein. Er kritisierte die Stellungnahmen des Papstes und machte sinngemäss deutlich, dieser solle sich um moralische Fragen kümmern – nicht um die Aussenpolitik der USA. Doch darin liegt die Ironie dieser Debatte. Denn worum geht es hier, wenn nicht um Moral? Wenn ein Krieg geführt wird, wenn zehntausende Zivilisten sterben, wenn ganze Landstriche zerstört werden – dann ist das keine rein geopolitische oder strategische Frage mehr, sondern eine zutiefst moralische. Indem der Papst Gewalt, Eskalation und das Leid der Zivilbevölkerung kritisiert, tut er genau das, was von ihm erwartet wird: Er bewertet politisches Handeln aus einer moralischen Perspektive. Die eigentliche Frage ist daher nicht, warum er sich äussert – sondern warum politische, unmoralisch agierende Entscheidungsträger versuchen, diese moralische Dimension auszublenden. Wenn Kriege geführt werden, die ganze Landstriche verwüsten und tausende Zivilisten töten, dann geht es nicht nur um Interessen, Macht oder Sicherheit. Dann geht es um die grundlegende ethische Frage: Was ist richtig – und was ist falsch? Mit den Worten, der Papst solle sich um die moralischen Aspekte dieser Welt kümmern, hat sich Vance ein Eigentor geschossen. Schön, dass die italienische Ministerpräsidentin Georgia Meloni sich hinter den Papst stellt, und Trump relativ scharf kritisiert. Diese Courage hat unser Bundeskanzler leider nicht!
Ein grundlegender Widerspruch westlicher Denk- und Verhaltensweisen wird sichtbar: Während Deutschland unter Bundeskanzler Friedrich Merz unbeirrt an der Staatsräson festhält und die USA ihre Unterstützung für Israel aufrechterhalten, formuliert der Vatikan eine Kritik, die diese politische Linie infrage stellt – nicht aus geopolitischem Kalkül, sondern aus einem universellen moralischen Anspruch heraus.
Wenn selbst eine Institution wie der Vatikan, die traditionell zur Zurückhaltung neigt, den Kurs der Eskalation so deutlich kritisiert, dann stellt sich unweigerlich die Frage, ob die vielbeschworenen Werte des Westens noch das sind, was sie vorgeben zu sein, oder ob sie dort enden, wo politische Interessen beginnen. Wer Israel weiterhin in seiner bellizistischen, menschenfeindlichen und arroganten Verhaltensweise unter-

stützt, hat den Pfad der Ethik, den Pfad des ‹guten› und verantwortungsvollen Handelns verlassen, und den Pfad des verantwortungslosen Kriegers beschritten.

Fazit

Westliche Mainstreammedien äussern lediglich verhaltene Kritik an der definitiv unverhältnismässigen Vorgehensweise Israels. Alternative Plattformen und deren Autoren – wie ich – formulieren deutlich schärfere Anklagen gegen Israel und den ‹Wertewesten›. Sie sprechen offen von systematischer Gewalt und unübersehbaren geopolitischen Interessen Israels und der USA. Die massive Dimension der Zerstörung und die Relation der Opferzahlen beispielsweise auf palästinensischer und israelischer Seite lassen sich nicht einfach wegdiskutieren. Wer die Entwicklung nüchtern betrachtet, muss sich die Frage stellen, ob hier noch von verhältnismässiger Selbstverteidigung gesprochen werden kann. Die militärische Antwort Israels – und der USA – hat längst eine Dynamik und Dimension angenommen, die über die angebliche Selbstverteidigung Israels weit hinausgehen.

Der Gaza-Krieg ist mehr als nur ein regionaler Konflikt. Er ist ein Testfall für das internationale Recht und seine Durchsetzung. Wenn Regeln nur selektiv gelten oder politisch relativiert werden, verlieren sie ihre Bindungskraft. Wenn sich die Macht des Stärkeren etabliert, hat der Mensch seit der Steinzeit nichts dazugelernt. Der Westen ‹bombt› nicht etwa den Iran dahin zurück, wie sich geistig Überforderte manchmal auszudrücken pflegen, sondern sich selbst.

Die Verfahren vor dem International Criminal Court sind juristisch relevant, bringen aber nichts bei einer Politik des Rechts des Stärkeren. Überhebliche und narzisstische Menschen wie Benjamin Netanjahu und Donald Trump pfeifen auf diese internationale Institution.

Sicherheit lässt sich nicht allein militärisch erzwingen. Wenn Gewalt in einem Ausmass angewendet wird, das neue Gewalt hervorbringt, entsteht ein Kreislauf, der sich selbst verstärkt. Ein Staat, der sich auf dem Leid und Blut anderer seine Existenz aufbaut und vergrössert, ist in meinen Augen ein Schurkenstaat. Israel zählt zu diesen Staaten.

Quelle: https://wassersaege.com/blogbeitraege/israel-selbstverteidigung-oder-schurkenstaat/

Scott Ritter: Trump und Hegseth haben keine Ahnung – Vernichtende Analyse der US-Iran-Politik

uncut-news.ch, April 21, 2026

In einem aktuellen Interview mit Richter Andrew Napolitano auf dem Podcast ‹Judging Freedom› (20. April 2026) hat der ehemalige UN-Waffeninspekteur und Militärexperte Scott Ritter eine vernichtende Analyse der aktuellen US-Iran-Politik geliefert. Ritter wirft Präsident Donald Trump und Verteidigungsminister Pete Hegseth vor, weder die militärischen noch die diplomatischen oder völkerrechtlichen Realitäten im Nahen Osten zu verstehen. Stattdessen betreibe Washington eine Mischung aus illegaler Machtdemonstration, psychologischer Kriegsführung und gefährlicher Selbstüberschätzung, die den Frieden im Golf weiter gefährde.

Der Vorfall auf hoher See: ‹Akt der Piraterie›

Ritter beginnt mit den Ereignissen vom Wochenende. Ein iranisches Frachtschiff wurde im Golf von einem US-Kriegsschiff gestoppt. Nachdem das Schiff nicht anhielt, feuerte die US-Marine auf den Maschinenraum, brachte das Schiff zum Stehen und liess ein Marines-Raid-Team das Schiff entern.

Für Ritter ist dies ein klarer Akt der Piraterie ohne jede völkerrechtliche Legitimation. Er verstosse gegen das in Islamabad vereinbarte Waffenstillstandsabkommen und die Freiheit der Schifffahrt. Ziel sei keine

echte Unterbrechung des Schiffsverkehrs gewesen, sondern eine reine psychologische Operation (PsyOp): Trump solle als starker Mann dastehen, der die Iraner durch Blockade und Gewalt zum Einlenken zwingt.

Gescheiterte Verhandlungen in Islamabad – US-Seite völlig unvorbereitet

Ritter schildert detailliert, wie nah man einem Abkommen bereits war. Die iranische Delegation sei mit vollständigen Verhandlungspapieren, Fakten und einem fertigen Deal nach Islamabad gekommen.
Die US-Seite – JD Vance, Jared Kushner und ein weiterer Berater – habe hingegen nichts mitgebracht. Die Amerikaner hätten die iranischen Vorschläge lediglich geprüft, Fragen gestellt und dann per Telefon Rücksprache mit Trump halten müssen.
Trump selbst sei ohne Briefing-Papiere und ohne Vorbereitung gewesen – eine ‹reine Reaktionspolitik›.
Als ein Memorandum of Understanding fast unterschriftsreif war, habe Benjamin Netanjahu interveniert und Trump gewarnt, ein solches Abkommen mache ihn ‹schwach›. Die Verhandlungen wurden abgebrochen, stattdessen folgte die Blockade-Drohung.
Ritter betont: Die Iraner haben längst erkannt, dass die USA nicht in gutem Glauben verhandeln. Deshalb sitzen die iranischen Unterhändler jetzt wieder in Teheran, während Vance und Co. in einem Hotel in Islamabad warten.

Die drohende Eskalation: Iran hat die besseren Karten

Sollte der Krieg am Mittwoch – wie Trump angekündigt hat – wieder aufflammen, werde Iran nicht zögerlich reagieren.
Ritter warnt: Die Iraner würden sofort ‹an die Kehle› gehen. Sie könnten durch gezielte Angriffe auf Kraftwerke und Entsalzungsanlagen in den Golfstaaten (Abu Dhabi, Dubai, Kuwait-Stadt, Manama) ganze Städte unbewohnbar machen. Diese Staaten würden innerhalb kürzester Zeit ‹leerlaufen›.
Saudi-Arabien drohe der dauerhafte Verlust seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Die Huthi-Rebellen hätten zudem angekündigt, die Strasse von Bab al-Mandab zu schliessen – ein Todesstoss für die saudische Öl-Wirtschaft und die globale Energieversorgung.
Die USA und Israel hätten in den ersten 40 Kriegstagen keinen nennenswerten Schaden angerichtet: Nur leere Gebäude, einige Brücken – keine Beeinträchtigung der strategischen Fähigkeiten Irans.
Die unterirdischen Raketenfabriken produzierten sogar schneller als zuvor. Iran verfüge über modernste, präzise Raketen und werde sie von Beginn an massiv einsetzen.

Nukleare Fantasien und die Weigerung des Generalstabschefs

Besonders alarmierend schildert Ritter Trumps Umgang mit der Nuklearoption. Trump habe nach Informationen aus dem Weissen Haus zweimal versucht, sich über den Einsatz von Atomwaffen zu informieren – General Charles ‹CQ› Brown (Vorsitzender der Joint Chiefs of Staff) habe beide Male abgelehnt.
Der Einsatz wäre völkerrechtswidrig, unverhältnismässig und ein Verstoss gegen das Prinzip der Unterscheidung zwischen militärischen und zivilen Zielen.
Ritter, der selbst im Situation Room der Regierung gearbeitet hat, betont: Das Militär nehme seinen Eid auf die Verfassung ernst – auch gegenüber einem Präsidenten, der diesen Eid offenbar nicht teile.
Trumps jüngste Äusserung, wonach USA und Iran ‹gemeinsam› das angereicherte Uran ‹ausgraben› sollten, bezeichnet Ritter als ‹Flucht aus der Realität›.
Tatsächlich sei lediglich eine Überprüfung unter Aufsicht der IAEA mit Beteiligung amerikanischer Inspektoren vereinbart gewesen – keine militärische Besetzung.

Völkerrechtsbruch und Kriegsverbrechen

Ritter kritisiert scharf die Argumentation von US-Vertretern, die Zerstörung von Brücken und Kraftwerken sei kein Kriegsverbrechen, weil sie angeblich vom iranischen Revolutionsgarden-Korps (IRGC) betrieben würden.
Er erklärt: Nach dem Iran-Irak-Krieg habe der IRGC bewusst zivile Infrastrukturprojekte übernommen, um ehemalige Kämpfer in die Wirtschaft zu integrieren. Die meisten dieser Anlagen hätten keine militärische Funktion.
Hätten sie eine gehabt, wären sie bereits in den ersten 40 Tagen angegriffen worden.
Die nachträgliche Erweiterung der Zielliste auf rein zivile Infrastruktur sei kollektive Bestrafung – ein klassisches Kriegsverbrechen.

Wer kontrolliert die Strasse von Hormus?

Ritter stellt klar: Die Strasse von Hormus wird von Iran kontrolliert. Sie ist offen, wenn Teheran es will, und kann jederzeit geschlossen oder eingeschränkt werden.
Die USA haben hier keinerlei Handhabe.

Das sogenannte ‹Board of Peace›, das Trump angeblich als Ersatz für den Frieden schaffen wollte, sei faktisch gescheitert – vor allem, weil es von den Golfstaaten finanziert wurde, die Trump inzwischen nicht mehr vertrauen.

Fazit: Trump hat sich selbst in die Ecke manövriert

Scott Ritter zeichnet ein düsteres Bild: Trump und Hegseth seien in einer Fantasiewelt gefangen. Sie überschätzten massiv die eigenen militärischen Erfolge, unterschätzten die iranische Entschlossenheit und hätten sich durch die eigene Rhetorik und die Blockade in eine Lage manövriert, in der ein Rückzug politisch unmöglich erscheine.
Gleichzeitig fehle jede realistische militärische Lösung.
Das Ergebnis könne eine verheerende Eskalation sein, bei der nicht nur Israel, sondern vor allem die Golfstaaten und amerikanische Interessen massiv leiden würden.
Ritter schliesst mit einer klaren Warnung: Die grösste Gefahr für die Freiheit liege derzeit nicht bei den angeblichen Feinden Amerikas, sondern bei einer Regierung, die völkerrechtswidrige Gewalt als Normalität betrachtet und sich weigert, die Realität anzuerkennen.
Ob die Welt diese Lektion noch rechtzeitig lernt, werde sich in den nächsten Tagen entscheiden.
Quelle: https://uncutnews.ch/scott-ritter-trump-und-hegseth-haben-keine-ahnung-

Der persönliche Einsatz des Friedrich Merz für die Ukraine

uncut-news.ch, April 21, 2026

Der deutsche Bundeskanzler Friedrich Merz freut sich, dass Victor Orbán nicht wiedergewählt wurde und dass die EU jetzt 90 Milliarden Euro an die Ukraine überweisen kann. Am 14. April hat Merz den ukrainischen Machthaber Wolodymyr Selensky mit militärischen Ehren in Berlin empfangen. Unter anderem wurde eine ‹strategische Partnerschaft› vereinbart. Das Verhältnis von Merz zur Ukraine hat eine längere Vorgeschichte.

Auszug aus ‹Geopolitik im Überblick. Deutschland-USA-EU-Russland›

von Wolfgang Bittner

Friedrich Merz gibt den Kiewer Machthabern mit seiner Unterstützung Auftrieb. Der ehemalige ukrainische Botschafter Andrij Melnyk, der den Faschisten Stepan Bandera[1] verehrt und sich mit Beleidigungen und Dreistigkeiten hervorgetan hat, ist im April 2025 öffentlich mit einem geradezu irren Forderungskatalog an ihn herangetreten: Die Koalition möge einen Beschluss fassen «über die Finanzierung der Waffenlieferungen für die Ukraine in Höhe von mindestens 0,5 Prozent des BIP (21,5 Milliarden Euro pro Jahr) oder 86 Milliarden Euro bis 2029 ... Die gleiche 0,5-Prozent-Regelung initiieren und durchführen auf EU-Ebene (372 Milliarden Euro bis 2029)» sowie «die sofortige Lieferung von 150 Taurus-Marschflugkörpern» und «30 Prozent der verfügbaren deutschen Kampfjets und Hubschrauber ...»[2]
Es ist davon auszugehen, dass solche Forderungen nicht ohne Absprache mit Selensky gestellt werden. Deutlicher lässt sich der Wahnsinn, der von der Kiewer Kriegsregierung ausgeht, nicht darstellen. Entlarvend ist die Belobigung, die Merz von Melnyk erfährt: «Sie wissen, wie sehr ich – als langjähriger Botschafter – den vertraulichen Austausch mit Ihnen als CDU-Vorsitzender und CDU/CSU-Fraktionschef im Bundestag immer geschätzt habe. Es wäre keine Übertreibung zu sagen, dass es uns im April 2022 dank Ihres persönlichen Einsatzes und dem massiven Druck seitens der Opposition im Parlament gelungen ist, Kanzler Scholz und die Ampel dazu zu bewegen, nach langem Zögern schwere Waffen an die Ukraine zu liefern. Auch Ihr mutiger Besuch in Kiew Anfang Mai 2022 – als erster deutscher Staatsmann – war ein starkes Zeichen, um die damalige Bundesregierung anzuspornen, der Ukraine militärisch viel stärker unter die Arme zu greifen.»[3]

Dem entspricht der folgende Passus im Koalitionsvertrag: «Die Ukraine als starker, demokratischer und souveräner Staat, der eigenständig und mit euro-atlantischer Perspektive über seine Zukunft bestimmt, ist von zentraler Bedeutung für unsere eigene Sicherheit. Wir werden deshalb unsere militärische, zivile und politische Unterstützung der Ukraine gemeinsam mit Partnern substanziell stärken und zuverlässig fortsetzen. Wir werden uns im engen Schulterschluss mit unseren Partnern für eine gemeinsame Strategie hin zu einem echten und nachhaltigen Frieden einsetzen, in dem die Ukraine aus einer Position der Stärke und auf Augenhöhe agiert. Dazu gehören auch materielle und politische Sicherheitsgarantien für eine souveräne Ukraine. Deutschland wird sich an dem Wiederaufbau der Ukraine beteiligen.»
Merz und seinen Koalitionspartnern scheint völlig entgangen zu sein, oder sie wollen es einfach nicht wissen, dass die Ukraine ein ruinierter Staat (‹failed state›) ist, dessen Machthaber ihre zum Teil zwangsrekrutierten Soldaten unter der Regie westlicher Bellizisten bis zur letzten Patrone gegen Russland kämpfen lassen wollen. Dass die Atommacht Russland nicht besiegt werden kann,[4] ist den Anstiftern fremd, und sie planen bereits ihre Geschäfte beim Wiederaufbau der zerstörten Gebiete.
Wenn es in dem Koalitionsvertrag heisst, «das Ziel unserer Aussen- und Sicherheitspolitik ist die Bewahrung eines Friedens in Freiheit und Sicherheit», sind das – wie aus den weiteren Absichtserklärungen hervorgeht – nichts als hohle Worte. Das gilt auch für das Bekenntnis zur NATO, das besonders hervorgehoben wird, ebenso wie zu den USA und zu Grossbritannien: «Das transatlantische Bündnis und die enge Zusammenarbeit mit den USA bleiben für uns von zentraler Bedeutung. Wir stärken die Handlungsfähigkeit Europas, vertiefen bestehende strategische Partnerschaften, bauen insbesondere mit Ländern des Globalen Südens neue auf und unterstützen multilaterale Formate mit ganzer Kraft ... Das Vereinigte Königreich ist einer der engsten Partner der EU und Deutschlands – bilateral und im Rahmen der NATO.»
Fraglich, ob die Länder des Globalen Südens an strategischen Partnerschaften mit Kriegshetzern interessiert sind. Und transatlantisches Bündnis und enge Partnerschaft mit den USA? Offensichtlich haben Merz und seine Partner noch nicht begriffen, dass es sich damit seit der Präsidentschaft von Donald Trump um eine Schimäre handelt und dass sich Deutschland immer noch im Status einer bedingungslosen Kapitulation befindet und nach der UN-Charta ein Feindstaat gegenüber den Gegnern des Zweiten Weltkriegs ist, also auch gegenüber Russland.
Der Schriftsteller und Publizist Dr. jur. Wolfgang Bittner lebt in Göttingen und ist Autor u.a. des 2017 im Westend Verlag erschienenen Buches ‹Die Eroberung Europas durch die USA – Eine Strategie der Destabilisierung, Eskalation und Militarisierung›. Erstveröffentlichung am 15. April 2026: www.nachdenkseiten.de/?p=149090
Quellen und Anmerkungen
[1] Stepan Bandera (1909–1959), Kriegsverbrecher, Mörder und Nazikollaborateur, als Nationalheld verehrt.
[2] Zit. n. www.welt.de/debatte/kommentare/article255971068/Gastbeitrag-Die-Zukunft-der-Ukraine-haengt-jetzt-auch-von-Friedrich-Merz-ab.html?wtrid=socialmedia.socialflow....socialflow_twitter
[3] Ebenda
[4] Ginge es um die Existenz, würde Russland Atomwaffen einsetzen, und das wäre das Ende der westlichen Zivilisation.
Quelle: https://uncutnews.ch/der-persoenliche-einsatz-des-friedrich-merz-fuer-die-ukraine/

Der fatale Fehler des Römischen Reiches – und Amerika könnte ihn im Iran wiederholen

Giambruno, April 21, 2026

Nick Crassus war einer der reichsten und mächtigsten Männer Roms.

Er stieg zusammen mit Julius Caesar und Pompeius an die Spitze auf, als Teil des Ersten Triumvirats, eines informellen Drei-Männer-Bündnisses, das die römische Politik dominierte, obwohl es kein offizielles Amt war.
Crassus wollte militärischen Ruhm, der seinem Reichtum und seinem politischen Einfluss entsprach, und so führte er im Jahr 53 v. Chr. eine römische Invasion in das Partherreich an, das damals grosse Teile des heutigen Iran beherrschte.
Der Feldzug wurde zu einer Katastrophe, einer der schlimmsten militärischen Niederlagen Roms.
Crassus ignorierte bessere Ratschläge und drang tief in feindliches Gebiet vor.
Die römische Infanterie war im Nahkampf äusserst schlagkräftig, doch die Parther weigerten sich, unter römischen Bedingungen zu kämpfen. Sie blieben beweglich, hielten Abstand und überschütteten die Legionen mit Pfeilen, bis die Römer erschöpft waren und zusammenbrachen.
Crassus hoffte, dass dem Feind irgendwann die Pfeile ausgehen würden. Das taten sie nie.
Er bezahlte diesen Fehler mit seinem Leben. Sein Tod wurde auch deshalb berühmt, weil die Parther ihm der Legende nach geschmolzenes Gold in den Mund gossen und so sein Ende zu einer bleibenden Warnung vor Arroganz, Überdehnung und der tödlichen Neigung machten, Reichtum und Status mit strategischer Weisheit zu verwechseln.

Und doch zog Rom aus dieser Lehre keine vollständigen Konsequenzen.
Mehr als ein Jahrhundert später marschierte Kaiser Trajan gegen die Parther, eroberte Armenien und Mesopotamien und brachte die römische Macht auf ihre grösste territoriale Ausdehnung. Doch Trajans Siege offenbarten dieselbe Wahrheit, die Crassus bereits blutig erfahren hatte: Die Region zu erobern war das eine, sie zu halten etwas ganz anderes.
Je tiefer Rom nach Mesopotamien vordrang, desto exponierter, kostspieliger und fragiler wurde seine Position angesichts des parthischen Widerstands.
Nach Trajans Tod gab sein Nachfolger Hadrian diese östlichen Gebietsgewinne wieder auf und zog Rom auf eine besser zu verteidigende Grenze östlich des Euphrats zurück – ein faktisches Eingeständnis, dass die dauerhafte Kontrolle über Mesopotamien die Kosten nicht wert war.
Ich bringe diese Geschichten zur Sprache, weil sie Parallelen zum heutigen Krieg im Iran aufweisen.
Heute ist Rom nicht mehr die dominierende Weltmacht. Diese Rolle haben die Vereinigten Staaten übernommen. Und nun scheinen die USA denselben Fehler zu machen wie die Römer. Statt darauf zu hoffen, dass den parthischen Pfeilen die Munition ausgeht, hofft Washington, dass den persischen ballistischen Raketen die Ressourcen ausgehen.
Die Geschichte legt nahe, dass grosse Mächte sich oft selbst täuschen, indem sie glauben, überlegene militärische Gewalt könne Geografie, Logistik und die Entschlossenheit eines fest verankerten Gegners überwinden. Crassus lernte das Gegenteil. Trajan erkannte, dass Erfolg auf dem Schlachtfeld nicht gleichbedeutend mit strategischem Erfolg ist. Hadrian verstand, was Staatsmänner oft als Letzte eingestehen: Manchmal besteht die klügste Entscheidung nicht darin, weiter vorzustossen, sondern anzuerkennen, dass eine Position nicht zu vertretbaren Kosten gehalten werden kann.
Während sich der Krieg mit dem Iran noch entwickelt, glaube ich, dass eine sehr reale Möglichkeit besteht, dass die USA kurz davorstehen, dieselbe schmerzhafte Lektion zu lernen wie die Römer – und die Auswirkungen könnten enorm sein, sowohl für Investoren als auch für den Verlauf der Geschichte. Ich glaube nicht, dass wir lange warten müssen, um das herauszufinden.
Es könnte Märkte, Politik und das alltägliche Leben schneller verändern, als die meisten Menschen erwarten. Deshalb habe ich einen kostenlosen Sonderbericht vorbereitet: ‹Die gefährlichste Wirtschaftskrise seit 100 Jahren ... die drei wichtigsten Strategien, die Sie jetzt brauchen.› Darin werden die derzeitigen wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Entwicklungen erklärt, die Risiken für Ihr Vermögen und Ihre persönliche Freiheit aufgezeigt und drei praktische Strategien vorgestellt, die jetzt in Betracht gezogen werden sollten. Sie können hier darauf zugreifen.
Quelle: The Roman Empire's Fatal Mistake—and America May Be Repeating It in Iran
Quelle: https://uncutnews.ch/der-fatale-fehler-des-roemischen-reiches-und-amerika-koennte-ihn-im-iran-wiederholen/

ATOM-Macht USA

Trump muss entwaffnet werden

Autor: Uli Gellermann/Datum: 19.04.2026

Dank einer international orchestrierten Medienkampagne wird dem Iran vorgeworfen, er arbeite an einer Atomwaffe, beziehungsweise, er besässe bereits eine. Dafür fehlt bisher jeder Beweis. Israel, der erklärte Feind des Iran, besitzt nachweislich Atomwaffen. Der Iran ist seit 1970 Unterzeichner des Atomwaffensperrvertrags (NVV), der die Weiterverbreitung von Kernwaffen verbietet, aber zivile Nutzung erlaubt.

Trump: Psychisch krank

Die USA sind neben Russland eine der beiden grössten Atommächte weltweit und besitzen bis über 5100 Atomsprengköpfe. Ein Teil dieses Arsenals der USA ist im Rahmen der nuklearen Teilhabe in Europa stationiert. Diese extreme Atommacht wird von einem Präsidenten kommandiert, der eindeutig psychisch krank ist: Der Mann wird von Grössenwahn und Paranoia beherrscht. Einige Psychologen haben Anzeichen für einen kognitiven Abbau und Anzeichen von Demenz-Symptomen festgestellt, die seinen Narzissmus weiter verschärfen.

Iranische Vernunft

Der Iran wird von Politikern beherrscht, die zwar durch ihren Glauben eine begrenzte Sicht auf die Welt haben, die aber in der Vertretung ihres Landes bisher durchaus vernünftig handeln: Der Iran wird von den USA völkerrechtswidrig angegriffen und verteidigt sich. Seine Raketen können zwar die USA nicht erreichen, aber sie erreichen US-amerikanische Militäreinrichtungen: Ziele in Katar, Bahrain, den Vereinigten Arabischen Emiraten, dem Irak und Jordanien.

Iranische Raketen können Paris, London oder Bern erreichen

Allerdings weiss man seit dem Wochenende, dass der Iran sehr weit entfernte Zeile erreichen kann: Zwei iranische Raketen trafen den US-britischen Stützpunkt Diego Garcia im Indischen Ozean. Der liegt rund 4000 Kilometer vom Iran entfernt. Beide Geschosse verfehlten zwar ihr Ziel, dennoch handelt es sich um den bislang weitesten Raketenangriff der islamischen Republik. Das würde bedeuten, dass auch europäische Städte wie Paris, London oder Bern theoretisch in Reichweite solcher Systeme liegen.

US-Base Ramstein liegt nahe

Die Luftlinienentfernung zwischen der Ramstein US-Air Base in Deutschland und Teheran beträgt etwa 3800 bis 4200 Kilometer. Es ist nicht auszuschliessen, dass die iranische Republik sich für Ramstein als Zielpunkt ihrer Raketen entscheidet. Städte wie Kaiserslautern, Zweibrücken, Pirmasens, Saarbrücken und Mainz könnten bei iranischen Angriffen auf Ramstein getroffen werden. Zudem gibt es ein Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestags, der die Angriffe der USA und Israels auf den Iran als völkerrechtswidrig wertete.

Deutsche Neutralität

Wäre die deutsche Regierung so vernünftig wie die iranische Regierung, würde sie dem psychisch kranken Trump und seinem System die Start- und Landeerlaubnis in Ramstein entziehen. Eine sichere juristische Grundlage wäre eine im Grundgesetz verankerte deutsche Neutralität.
Quelle: https://www.rationalgalerie.de/home/atom-macht-usa

Rest of World

Den Anfang machen Tinder und Zoom – Identifikation über die Augen. Der stille Start eines globalen Kontrollsystems

uncut-news.ch, April 28, 2026

Der Blick in deine Augen: Wie Big Tech deine Identität neu definiert

Was noch vor wenigen Jahren wie Science-Fiction klang, wird jetzt Realität: Deine Augen werden zum Passwort. Nicht metaphorisch – buchstäblich.
Unter der Führung von OpenAI-Chef Sam Altman treibt das Projekt ‹World ID› eine radikale Idee voran: Menschen sollen ihre Identität künftig durch einen Iris-Scan beweisen. Ein Blick in eine silberne Kugel – den sogenannten ‹Orb› – genügt. Danach bist du offiziell ‹verifiziert›.

Was zunächst wie ein Schutz vor Bots klingt, entwickelt sich rasant zu etwas Grösserem.

Vom Dating-Profil bis zum Video-Call

Plattformen wie Tinder testen bereits die Integration: Wer als echter Mensch gelten will, soll seine Augen scannen lassen. Auch Zoom plant ähnliche Funktionen, um Teilnehmer als ‹echte Personen› zu kennzeichnen. Zoom folgt.
Die Begründung klingt plausibel:

- weniger Fake-Profile
- Schutz vor Deepfakes
- mehr Sicherheit im Netz

Doch der Preis ist hoch.

Der schleichende Wandel zur biometrischen Pflicht

Noch ist alles freiwillig. Noch.
Aber die Dynamik ist klar:
Wer nicht scannt, ist nicht verifiziert.
Wer nicht verifiziert ist, wird weniger sichtbar.
Weniger sichtbar bedeutet weniger Zugang.
So entsteht ein subtiler Druck.
Heute optional – morgen Standard?

Ein globales Identitätssystem durch die Hintertür

Das eigentliche Problem liegt tiefer: Mit World ID entsteht eine **zentrale Infrastruktur für digitale Identität**, kontrolliert von privaten Akteuren.
Deine Iris ist einzigartig. Unveränderlich. Nicht widerrufbar.
Wenn dieses System zur Grundlage wird für:

- Kommunikation
- Banking
- Verträge
- Zugang zu Plattformen

...dann wird aus einem ‹Feature› ein globaler Standard.
Und aus Bequemlichkeit wird Abhängigkeit.

Befürworter argumentieren:

- Daten werden verschlüsselt
- keine direkten Bilder werden gespeichert
- nur mathematische Hashes

Sicherheitsversprechen vs. Realität

Befürworter argumentieren:

- Daten werden verschlüsselt
- keine direkten Bilder werden gespeichert
- nur mathematische Hashes

Doch Kritiker warnen:

- Biometrische Daten sind nicht ersetzbar
- Missbrauch ist irreversibel
- zentrale Systeme sind attraktive Ziele für Angriffe
- staatliche Nutzung ist nur eine Frage der Zeit

Mehrere Länder haben das Projekt bereits gestoppt oder untersucht.

Die eigentliche Frage

Nicht ob die Technologie funktioniert. Sondern: **Wollen wir in einer Welt leben, in der wir unsere Menschlichkeit durch einen Augenscan beweisen müssen?**

Fazit

Was als Lösung gegen Bots verkauft wird, könnte zum Fundament einer neuen digitalen Ordnung werden.
Eine Ordnung, in der:

- Identität zentral verwaltet wird
- Anonymität verschwindet
- Zugang an biometrische Zustimmung gekoppelt ist

Der Blick in die Zukunft beginnt mit einem Blick in den Orb.
Und vielleicht endet er dort auch.
Quelle: U.S. companies back Sam Altman's World ID even as much of the world pushes back
Quelle: https://uncutnews.ch/den-anfang-machen-tinder-und-zoom-identifikation-uber-die-augen-der-stille-start-eines-globalen-kontrollsystems

INFOsperber
sieht, was andere übersehen.

28.4.2026

Kommentar

Es gibt ein Recht auf ein analoges Leben

Es ist in Deutschland nicht anders als in der Schweiz:

Ein Leben ohne Smartphone wird zunehmend beschwerlich.

Heribert Prantl
© Sven Simon

Es gibt ein Recht auf ein analoges Leben. Es gibt dieses Recht, auch wenn es tagtäglich und millionenfach missachtet wird. Es gibt dieses Recht, auch wenn so getan wird, als wäre der Mensch nur dann ein richtiger Mensch und Bürger, wenn er digital unterwegs ist – wenn er also ein Smartphone mit sich führt und im Internet zu Hause ist. Es gibt dieses Recht, weil es aus dem Allgemeinen Persönlichkeitsrecht und aus dem Gleichbehandlungsgebot folgt. Es gibt dieses Recht, auch wenn die Terminbuchung bei Behörden oder beim Arzt immer öfter nur noch online funktioniert. Es gibt dieses Recht, auch wenn Theater- und Konzertkarten nur noch online erworben werden können. Es gibt dieses Recht, auch wenn die Deutsche Post ihre Packstationen so umgerüstet hat, dass man sein Paket nur dann noch abholen kann, wenn man ein Smartphone mit extra installierter Post- und DHL-App hat.

Wie lästige Störer

Es gibt dieses Recht auf ein analoges Leben, auch wenn die Deutsche Bahn es leugnet und Kunden, die ohne Handy unterwegs sind, wie lästige Störer behandelt, die bei jeder Bahnfahrt nachhaltig abgeschreckt werden sollen. Die Deutsche Bahn hat ihre Bahncard komplett auf digital umgestellt. Und Fahrkarten an Bord kann der Kunde nicht mehr beim Zugpersonal kaufen, sondern nur noch dann, wenn er die Bahn-App ‹DB Navigator› installiert hat. Schnelle und verlässliche Informationen über Verspätungen, Anschlüsse oder die aktuelle Wagenreihung erhalten nur Handy-Nutzer.
Die Grundversorger, also die Behörden und die Unternehmen der Daseinsvorsorge, stehen in der Verantwortung, ihre Dienste allen Menschen gleichermassen zugänglich zu machen: Die Nutzung der Infrastruktur und die Teilnahme am öffentlichen und am gesellschaftlichen Leben dürfen daher nicht quasi unter Smartphone-Vorbehalt stehen. Das ist rechtswidrig.

Auch Technikkenner sind empört

Es gibt ein Recht auf ein analoges Leben; es ist ein noch ungeschriebenes Grundrecht. Dessen Missachtung irritiert und beschwert nicht nur viele alte und sehr alte Menschen, für die «die Welt von Computer, Smartphone & Co ein undurchdringlicher Dschungel» ist, wie das die Caritas formuliert. Die Missachtung des Rechts auf ein analoges Leben empört auch Technikkenner und Technikliebhaber, die die Gefahren der Digitalität gut kennen und daher vor dem Digitalzwang und der damit verbundenen Überwacherei warnen – wie der Verein Digitalcourage und das Netzwerk Datenschutzexpertise.
Der Bundespräsident hat einen ‹bundesweiten Ehrentag› ausgerufen. Er soll am 23. Mai stattfinden: Dann wird nämlich das Grundgesetz 77 Jahre alt. Gut wäre es, dem Land und seiner Verfassung eine Diskussion zu schenken – eine Diskussion, die schon lange fällig ist:
Es gibt ein Recht auf ein analoges Dasein. Die Diskussion sollte davon handeln, wie es künftig geachtet und beachtet wird. Wer glaubt, ein Grundrecht auf ein analoges Leben sei unmodern und überflüssig, der wird sich eines Tages auch damit abfinden müssen, dass es keine Geldautomaten und kein Bargeld mehr gibt. Das will ich mir lieber nicht vorstellen.

Russland und China sind entschlossen, die USA als Machtbroker am Persischen Golf abzulösen

Larry C. Johnson, Mai 11, 2026

Merken Sie sich das Wort: ‹Sicherheitsarchitektur›. Der Begriff ‹Sicherheitsarchitektur am Persischen Golf› wurde von Präsident Putin und dem chinesischen Aussenminister Wang Yi verwendet, als sie während des Besuchs des iranischen Aussenministers in Russland am 27. April und in Peking am 5.–6. Mai 2026 mit diesem sprachen. Der Begriff bezieht sich auf einen multilateralen, regional geführten Rahmen für langfristige Stabilität im Golf und im weiteren Nahen Osten.

Der Begriff ‹Sicherheitsarchitektur› am Persischen Golf ist keine neue diplomatische Sprache, die für diese Besuche erfunden wurde. Russland schlägt eine ‹kollektive Sicherheitsarchitektur am Golf› mindestens seit 2019 vor, wobei Aussenminister Lawrow diesen Vorschlag zuletzt am 28. Februar 2026, dem Tag des Kriegsbeginns, bekräftigt hat. China hat Russlands vorgeschlagenes kollektives Sicherheitskonzept unterstützt, das den US-amerikanischen Verteidigungsschirm am Golf ersetzen und Russland als Machtbroker neben – oder anstelle von – den USA positionieren würde.

Im Gespräch mit Präsident Putin erklärte Aussenminister Araghchi, dass der Iran «die Schaffung einer neuen Nachkriegsregionalarchitektur unterstützt, die Entwicklung und Sicherheit koordinieren kann». In einem anschliessenden Treffen erklärte Chinas Aussenminister Wang Yi, Peking «unterstützt die Schaffung einer regionalen Friedens- und Sicherheitsarchitektur, an der die Länder der Region gemeinsam teilhaben, gemeinsame Interessen wahren und gemeinsame Entwicklung erreichen». (S&P Global)

Wang Yi bezeichnete den US-israelischen Krieg gegen den Iran auch als ‹illegitim› und formulierte drei wesentliche chinesische Positionen: Die Unterstützung aller berechtigten iranischen Forderungen, die Unterstützung des Abzugs der US-Militärstützpunkte aus dem gesamten Persischen Golf sowie die aktive Beteiligung an der Nachkriegsordnung.

Der Begriff ‹Sicherheitsarchitektur› ist diplomatischer Code für eine grundlegende Umstrukturierung der Frage, wer im Golf unter welchen Bedingungen Sicherheit gewährleistet – und wer ausgeschlossen wird. Das Konzept umfasst mehrere konkrete Komponenten:

Erstens, der Abzug der US-Streitkräfte. Die Kernforderung – von Iran, Russland und China gleichermassen geteilt – lautet, dass die Vereinigten Staaten ihre Militärstützpunkte, Trägerkampfgruppen und Sicherheitsgarantien aus der Golfregion abziehen. Dies würde Stützpunkte in Bahrain (Heimat der US-amerikanischen Fünften Flotte), Katar, Kuwait, den VAE und Saudi-Arabien einschliessen.

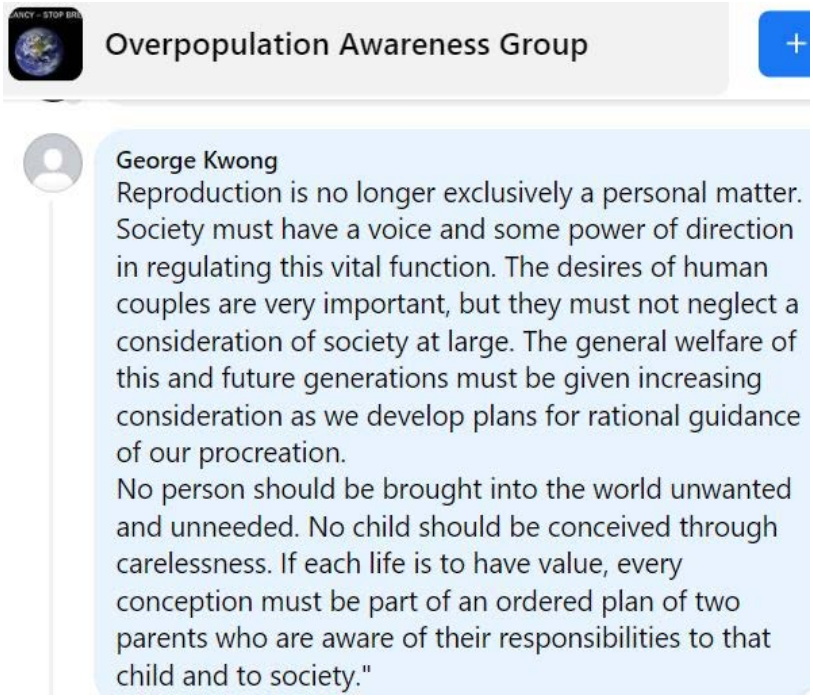
Zweitens, die Ersetzung durch einen regionalen Rahmen. Die vorgeschlagene Koalition würde die Golfstaaten, Russland, China und andere Interessenträger in einem multilateralen Rahmen zusammenfassen, wobei Russland seinen Vorteil darin sieht, dass es im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten gute Beziehungen zu allen Parteien – einschliesslich des Iran – unterhält.

Drittens, der Iran als legitime Regionalmacht. Araghchi erklärte gegenüber iranischen Medien, dass «unsere chinesischen Freunde der Ansicht sind, dass der Iran nach dem Krieg ein anderer ist als der Iran vor dem Krieg. Sein internationales Ansehen hat sich verbessert, und er hat seine Fähigkeiten und seine Macht unter Beweis gestellt. Daher steht eine neue Ära der Zusammenarbeit zwischen dem Iran und anderen Ländern bevor.» Die Architektur legitimiert daher formal die dominierende Rolle des Iran bei der Golfsicherheit, anstatt ihn als einzudämmende Bedrohung zu behandeln. (ING THINK)

Viertens, die Verwaltung der Strasse von Hormuz. Das PGSA und das von Iran beschriebene Transitgenehmigungssystem stellen de facto die erste konkrete institutionelle Manifestation dieser Architektur dar – der Iran behauptet dabei eine souveräne Verwaltungsautorität über den weltweit kritischsten Engpass.
Fünftens, die Verknüpfung mit der breiteren multipolaren Ordnung. Das Dreieck Russland–Iran–China hat sich als treibende Kraft hinter dem herausgestellt, was seine Befürworter ‹eurasische Integration und Multipolarität› nennen, wobei die Golfsicherheitsarchitektur ein Mikrokosmos der neuen globalen Ordnung ist, die China auf Makroebene vorantreibt.

Die von den USA geführte Sicherheitsarchitektur am Golf, die über Jahrzehnte durch bilaterale Verteidigungsabkommen, Militärstützpunkte und Trägerpräsenz aufgebaut wurde, würde im Rahmen dieses Konzepts faktisch demontiert. Die Golfstaaten stehen vor einem schwierigen strategischen Dilemma: Sie können es sich nicht leisten, die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten zu kappen, können aber auch keine Allianzstruktur aufrechterhalten, die ihre Sicherheit Entscheidungen aussetzt, die jenseits ihrer Grenzen getroffen werden. (IFPRI)
Viele arabische Golfstaaten sind besorgt über den Konflikt und hegen Zweifel an der Zuverlässigkeit der USA als Garant, auch wenn sie ebenso besorgt über den zunehmenden regionalen Einfluss Israels infolge seiner Angriffe auf Katar im September 2025 sind. (Wisfarmer)
Kurz gesagt: ‹Sicherheitsarchitektur› ist eine höfliche Umschreibung für die Vertreibung amerikanischer Macht aus dem Persischen Golf und deren Ersetzung durch einen multilateralen Rahmen, in dem Iran, Russland und China gleichberechtigte – oder dominante – Akteure sind. Es ist wohl die folgenreichste geopolitische Ambition, die aus diesem Konflikt hervorgegangen ist.
Heute erhielt ich einen weiteren Beleg dafür, dass die russisch-chinesische Vision einer neuen Sicherheitsarchitektur real ist und möglicherweise Fortschritte macht. Im Gespräch mit einem neuen Bekannten, der gut mit Pakistans Geheimdienst (ISI) vernetzt ist, teilte er mir mit, dass ein sehr hochrangiger ISI-Beamter – sein persönlicher Freund – ihm Anfang dieser Woche berichtete, dass Saudi-Arabien und Katar die Sicherheitsbindungen an die USA kappen wollen. Berichten zufolge möchten sie sich unter einen Sicherheitsschirm begeben, den Russland und China anbieten. Sollte dies zutreffen, würde dies eine weitere Erosion des US-amerikanischen Hegemonialanspruchs markieren.
Quelle: Russia and China are Serious About Replacing the US as the Persian Gulf Power Brokers
Übersetzung: LZ
Quelle: https://uncutnews.ch/russland-und-china-sind-entschlossen-die-usa-als-machtbroker-am-persischen-golf-abzuloesen/

Facebook-Nutzer George Kwong: Reproduction is no longer exclusively a personal matter – Die Fortpflanzung ist nicht mehr ausschliesslich eine persönliche Angelegenheit!



Die Fortpflanzung ist nicht mehr ausschliesslich eine persönliche Angelegenheit. Die Gesellschaft muss bei der Regulierung dieser lebenswichtigen Funktion ein Mitspracherecht und eine gewisse Weisungsbefugnis haben. Die Wünsche der menschlichen Paare sind sehr wichtig, aber sie dürfen die Gesellschaft als Ganzes

nicht ausser Acht lassen. Das allgemeine Wohlergehen dieser und künftiger Generationen muss bei der Entwicklung von Plänen für eine vernünftige Steuerung unserer Fortpflanzung verstärkt berücksichtigt werden. Kein Mensch sollte ungewollt und unbedarft auf die Welt gebracht werden. Kein Kind sollte durch Unachtsamkeit gezeugt werden. Wenn jedes Leben einen Wert haben soll, muss jede Zeugung Teil eines geordneten Plans von zwei Eltern sein, die sich ihrer Verantwortung für das Kind und die Gesellschaft bewusst sind.

Quelle:https://www.facebook.com/groups/136507913150251/posts/3119961688138177/?comment_id=3121554504645562&notif_id=1710329001813654&notif_t=group_comment

Über die Symbole der Schöpfungsenergielehre

Von Bernadette Brand, Schweiz

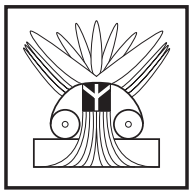
Grundsätzlich gilt: Jedes einzelne Symbol der Schöpfungsenergielehre ist absolut und völlig neutral, was auch für das Friedenssymbol gilt.

Ebenso grundsätzlich ist jedoch festzuhalten, dass jedes einzelne Symbol über eine eigene unverwechselbare und typische Formensprache verfügt, die es einzigartig macht. Zu dieser Formensprache gehören nicht nur die effektiven linearen Formen, sondern auch die Stellung des Symbols innerhalb des breiten schwarzen Rahmens, der für jedes Symbol unverzichtbar ist, sowie die Proportionen der Linienstärken und – wenn vorhanden, auch für die Farben – folglich also insgesamt für das individuelle Gesamterscheinungsbild jedes Symboles, was nicht nur von Bedeutung, sondern sehr wichtig ist.

Bei der Formensprache handelt es sich um eine Art der archetypischen visuellen Kommunikation, durch die die unbewusste und bewusste Wahrnehmung des Betrachters angesprochen wird. Aufgrund des archetypischen jahrhunderttausende alten Wissens, das jedem Menschen aufgrund der in der ‹eigenen› Schöpfungsenergielinie gespeicherten Informationen zur Verfügung steht, nimmt sein Unbewusstes die ‹Botschaften› der Formensprache auf und beginnt sie aufgrund des in der Schöpfungsenergieform eingelagerten Wissens impulsmässig zu interpretieren und richtig zu verstehen, wodurch dies dann entsprechende Impulse auslöst und diese an den alles überlagernden Bewusstseinskomplex weiterleitet und freigibt, der dann dem Symbol entsprechend zu reagieren beginnt und Assoziationen, Ideen und Reaktionen erzeugt, die im bewussten Bewusstsein aufgenommen und der Formensprache entsprechend verarbeitet sowie nach aussen als Handlung umgesetzt werden.

Jedes Symbol ist komplex und in sich absolut und in jeder Weise streng neutral und passiv. Es veranlasst also absolut nichts Negatives oder Positives im Bewusstsein des Menschen, sondern es ist explizit lediglich Ausdruck bzw. Träger bestimmter negativer, ausgeglichener oder positiver Informationen, deren Interpretationen durch den Menschen selbst erfolgen und geformt werden. Dies ergibt sich durch sein Denken, das durch die Einflüsse der Umwelt, wie Erziehung und gar Indoktrination aufkommt, das dann durch seinen gesamten Bewusstseinskomplex umgesetzt und gesteuert wird, und zwar präzise und entsprechend den Informationswerten des jeweiligen Symbols.

Das existierende und weltweit kursierende falsche ‹Friedenssymbol› mit der Todesrune, das wahrheitlich einem ‹Todessymbol› und ‹Hasssymbol› entspricht, wurde im Jahr 1958 vom britischen Grafiker Gerald Holtom im Auftrag der britischen Kampagne zur nuklearen Abrüstung erdacht und erstellt, und zwar ohne Vorauskenntnis, dass sein Werk Böses, Krieg, Verbrechen, Leid, Elend, Tod und Zerstörung fordern wird.
So wurde es also absolut unausweichlich, dass das falsche ‹Friedenssymbol› – das keltische ‹Todesrunesymbol› – bis heute Spaltung, Unfrieden und Zerstörung hervorruft, wie das täglich festzustellen ist, seit dieses Symbol fälschlich und unverantwortlich als ‹Friedenssymbol› interpretiert und dieserart weltweit fälschlich genutzt wird und damit Unfrieden, Streit, Krieg, Terror und Tod verbreitet. Nur schon bei oberflächlicher Betrachtung des Symbols wird klar, dass es nicht das Geringste mit Frieden, sondern mit Gewalt, Aggression, Zerstörung und Vernichtung zu tun hat.
Das Symbol ‹Tod, Todesexistenz›, auf dem die Todesrune fusst – assoziiert Spaltung, Unfrieden, Hass, Krieg, Terror, Mord und Zerstörung, wie das täglich in immer krasserer Form festzustellen ist, seit dieses Symbol fälschlich und unverantwortlich als ‹Friedenssymbol› interpretiert wird und weltweit Verbreitung gefunden hat. Was sich seit der Entstehung dieses 1958 erfundenen ‹Todessymbols› mit der Todesrune an bewaffneten Konflikten auf der Erde ergeben hat ist derart gravierend, wie es auf diesem Planeten zuvor niemals der Fall war. Es waren nämlich bis zum Monat Mai des Jahres 2024 deren 91 Aufstandskämpfe, Befreiungskriege, Besetzungskriege, Bürgerkriege, Grenzkriege, Invasionskriege, Religionskämpfe, Staatenkriege, Sezessionskriege, Terrorhandlungen und sonstige Waffenkonflikte zu verzeichnen, die viele Millionen Tote gefordert haben.
Nur schon bei oberflächlicher Betrachtung des Symbols wird klar, dass es nicht das Geringste mit Wachstum, Fortschritt und Friedlichkeit zu tun haben kann, denn ein gestürzter Baum, dessen Krone zur Erde weist, ist der Inbegriff der Gewalt, des Endes, der Verrottung und des Sterbens. Da die meisten Menschen unkontrolliert denken, verarbeiten sie die archetypischen Informationen des Symbols auch in genau der Weise der Inhalte, die dieses Symbol umfänglich ‹umschreibt›, weshalb sie dann unbewusst bzw. unkontrolliert und unbedacht alles dazu beisteuern, um den Sinn des Symboles umzusetzen und Tatsache werden zu lassen, ohne dem Verderben und dem Ende von dem das Symbol ‹spricht› auch nur das Geringste entgegenzusetzen. Dadurch, dass sich jene gläubigen Menschen, die das Todessymbol als Friedenssymbol missinterpretieren, ihre eigenen Gedanken und Regungen nicht bewusst machen und diese nicht kontrollieren, machen sie sich zu Sklaven des Inhaltes des Symbols – das grundsätzlich völlig neutral einfach einen bestimmten Zustand oder Umstand ‹beschreibt›, den sie ungewollt und gläubig umsetzen und Wirklichkeit und Tatsache werden lassen.



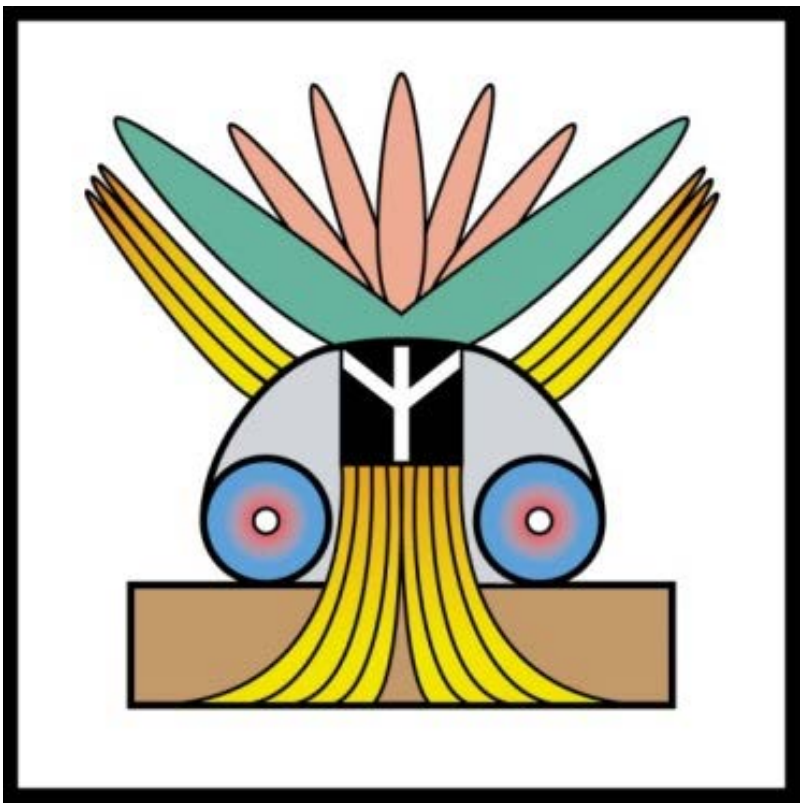
Gegensätzlich zum Symbol ‹Tod, Todesexistenz› beinhaltet das Symbol ‹Frieden› eine reiche und auf Wachstum hinweisende Formensprache, die genau wie alle anderen Symbole völlig neutrale archetypische Informationen beinhaltet, die jedoch auf ein friedliches und reiches Wachstum, wie auch auf Ruhe und Fortschritt bzw. Evolution hinweisen und diese Aussage abschliessend beinhalten. Der lebenspralle Baum, dessen Krone in den Himmel weist und der auf einer sprudelnden Quelle thront, verspricht blühendes Wachstum sowie Gedeihen – was durch die stilisierte Lotosblume versinnbildlicht wird, die der Krone des Baumes entspringt – wodurch dieser zum eigentlichen Lebensbaum wird.
Die Betrachtung des Symboles weckt im Menschen friedliche und fortschrittliche Assoziationen und lässt diese hochkommen, wobei sie auf Gedeihen, Wachstum und eine reiche Ernte hinweisen, wodurch der Mensch wertvolle Regungen, Ahnungen und Ideen sowie Gedanken und ein Streben nach Friedlichkeit, Wachstum, Aufblühen und Fortschritt in sich auslöst und aufbaut, weil er sein eigenes untergründiges Wissen seiner Schöpfungslebensenergie anzapft und bestrebt wird, dieses laufend auf und auszubauen und es also evolutiv zu erweitern, dies einfach deshalb, weil der Mensch durch das Wahrnehmen des Symbols bewusst seinem klaren Verstand und seiner Vernunft mächtig wird, infolgedessen er die archetypische Information der Formensprache des Symboles aufnimmt und diese evolutiv verwertet, um alles in den Wert des diesbezüglich richtigen Handelns, Wirkens und Verhaltens umzusetzen.

Verbreitet das richtige Friedenssymbol, denn es ist äusserst wichtig.

Das falsche Symbol, die Todesrune, ☮ schafft Unfrieden, Hass und Unheil

Nutzt euer Auto und klebt das richtige Friedenssymbol darauf und verbreitet es!

Fertigt das richtige Friedenssymbol zu Fahnen und lasst sie im Wind flattern.



Schöpfungsenergielehre-Symbol ‹Frieden›

Verbreitung des richtigen Friedenssymbols

Das falsche Friedenssymbol – die heute weltweit verbreitete sogenannte <Todesrune>, die aus den keltischen Futhark-Runen resp. der umgedrehten Algiz-Rune fabriziert wurde – ist der eigentliche Inbegriff negativer Einflüsse und schafft zerstörerische Schwingungen hinsichtlich Unfrieden, Fehden und Hass, Rache, Laster, Süchte und Hörigkeit, denn die <Todesrune> bedeutet für viele Menschen Reminiszenzen an die NAZI-Zeit, an Tod und Verderben, wie aber auch Ambitionen in bezug auf Kriege, Terror, Zerstörungen vieler menschlicher Errungenschaften und allen notwendigen Lebensgrundlagen jeder Art und weltweit Unfrieden.

Es Ist wirklich dringlichst notwendig, dass die <Todesrune> als falsches Friedenssymbol, das Unfrieden und Unruhe schafft, völlig aus der Erdenwelt verschwindet und dadurch das uralte sowie richtige Peacesymbol auf der ganzen Erde verbreitet und weltbekanntgemacht wird, dessen zentrale Elemente Frieden, Freiheit, Harmonie, Stärkung der Lebenskraft, Schutz, Wachstum und Weisheit reflektieren, aufbauend wirken und sehr besänftigend und friedlich-positiven Schwingungen zum Durchbruch verhelfen, die effectiv Frieden, Freiheit und Harmonie vermitteln können!

Wir wenden uns deshalb an alle FIGU-Mitglieder, an alle FIGU-Interessengruppen, Studien- und Landesgruppen sowie an alle vernünftigen und ehrlich nach Frieden, Freiheit, Harmonie, Gerechtigkeit, Wissen und Evolution strebenden Menschen, ihr Bestes zu tun und zu geben, um das richtige Friedenssymbol weltweit zu verbreiten und Aufklärung zu schaffen über die gefährliche und destruktive Verwendung der <Todesrune>, die in Erinnerung an die NAZI-Verbrechen kollektiv im Sinnen und Trachten der Menschen Charakterverlotterung, Ausartung und Unheil fördert.

Autokleber
Grössen der Kleber:

120x120 mm	= CHF	3.–
250x250 mm	= CHF	6.–
300X300 mm	= CHF	12.–

Bestellen gegen Vorauszahlung:
FIGU
Hinterschmidrüti 1225
8495 Schmidrüti
Schweiz

E-Mail, WEB, Tel.:
info@figu.org
www.figu.org
Tel. 052 385 13 10
Fax 052 385 42 89

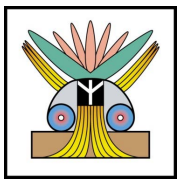
IMPRESSUM
FIGU-SONDER-ZEITZEICHEN
Druck und Verlag: FIGU-Wassermannzeit-Verlag,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Redaktion: BEAM ‹Billy› Eduard Albert Meier,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Telephon +41(0)52 385 13 10, Fax +41(0)52 385 42 89
Wird auch im Internetz veröffentlicht
Erscheint sporadisch auf der FIGU-Webseite

Postcheck-Konto: FIGU Freie Interessengemeinschaft,
8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3
IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3
E-Brief: info@figu.org
Internetz: www.figu.org
FIGU-Shop: http://shop.figu.org

© FIGU 2026
Einige Rechte vorbehalten.
Dieses Werk ist, wo nicht anders
angegeben, lizenziert unter :
www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.
Erschienen im Wassermannzeit-Verlag: FIGU, ‹Freie Interessengemeinschaft Universell›, Semjase-Silver-Star-Center,
Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti ZH, Schweiz

Für CHF/EURO 10.– in einem Couvert senden wir Dir/Ihnen 3 Stück farbige Friedenskleber
------der Grösse 120x120 mm. = Am Auto aufkleben.



Geisteslehre Friedenssymbol

Frieden

Wahrer Frieden kann auf Erden unter der Weltbevölkerung erst dann werden, wenn jeder verständige und vernünftige Mensch endlich gewaltlos den ersten Tritt dazu macht, um dann nachfolgend in Friedsamkeit jeden weiteren Schritt bedacht und bewusst bis zur letzten Konsequenz der Friedenswerdung zu tun.
SSSC, 10. September 2018, 16.43 h, Billy